

VORWORT

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
organ

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 170 Mai 1995

Schlanke(r) Staat!

WVes KÖHN

Beamte sollen künftig stärker nach Leistung bezahlt werden, sagt Innenminister Kanther. Dadurch angespart hat der Geheimdienstkoordin ator im Kanzleramt, Schmidbauer, eine ganz besondere Leistung erbracht: Er hat nicht nur die wirklichen Probleme in Angriff genommen, sondern mit dem fingierten Plutonium-Schnuggel selbst ein Problem geschaffen, um es dann zu lösen - Glückwunsch!

Claus Ludwig, IG-Medien-Mitglied, Köln

Mehr Leistung: Kohl und Co. meinen damit, daß kleine Post- und Bahnbedienstete oder Sachbearbeiter in den Ämtern für weniger Geld mehr schaffen sollen. Einparungen im öffentlichen Dienst: Das heißt, daß bei den

Reinigungskräften, Busfahrerinnen und Müllwerkern rationalisiert werden soll.

Sie meinen nicht die reichlich vorhandenen Staatssekretäre, Ministerialdirektoren, Abgeordneten, geschweige denn sich selbst. Die Abgeordneten des Bayerischen Landtages wollen ihre Diäten um lockere 27 Prozent erhöhen und haben den Plan nur wegen dem öffentlichen Aufsicht verschoben. Sie müssen weiterhin mit kargen 13 411 DM monatlich ihr Schicksal fristen. Der Kanzler gibt sich mit offiziell 466 955 jährlich zufrieden.

Doch diese Leute sind ihr Gehalt wert. Allerdings nicht für die, die es bezahlen. Finanzziert wird die ganze Bande von Politikern und Spitzenbeamten aus Steuergeldern. Ihre Auftraggeber und Nutznießer sind die

Großkonzerne.

Im Auftrag von Siemens und Co. haben sie die Post privatisierungsreif gemacht. Im Auftrag der Atom-Industrie haben sie 6000 Polizeibeamte eingesetzt und 50 Millionen aus der Steuerkasse genommen, um gegen

den Willen der Bevölkerung abgebrannte Brennstäbe nach Gorbien zu bringen.

Manchmal reicht es den hohen Herren und Damen nicht, daß wir sie dafür bezahlen, daß sie gegen uns arbeiten. Sie wollen direkt Geld von ihren Auftraggebern. Das heißt dann Korruption. Aber nicht immer: wenn man als Politiker in Vorständen und Aufsichtsräten vertreten ist,

heißt das Beratertätigkeit.

„Leistung muß sich wieder lohnen“: Raut mit den Löhnen und Gehältern für Kranken- und Erzieherinnen. Runter mit den Diäten und den Gehältern der Politiker und Spitzenbeamten.

Der Kanzler gibt sich mit offiziell 466 955 Jahreseinkommen zufrieden.

„Schlanke(r) Staat“: Auflösung der überflüssigen Geheimdienst BND, MAD und Verfassungsschutz. Stopp aller Atomtransporte, die Polizisten können in der Zeit Umweltsünder

suchen. Soziale Dienste müssen ausgebaut werden: Neuenstellungen bei Schulen, Kindergärten und im Gesundheitswesen!



ÖTV-Tarifrunde

Leere Kassen politisch gewollt

Die 6-Prozent-Forderung der ÖTV würde die öffentlichen Haushalte nach Aussage von Kanther 24 Milliarden Mark kosten. „Dies ist völlig unmöglich.“ Die Rekordstaatsverschuldung von 2000 Milliarden Mark soll der Pro-paganda-Knüppel sein, mit dem die beschiedene Tarifforderung abgewehrt werden soll.

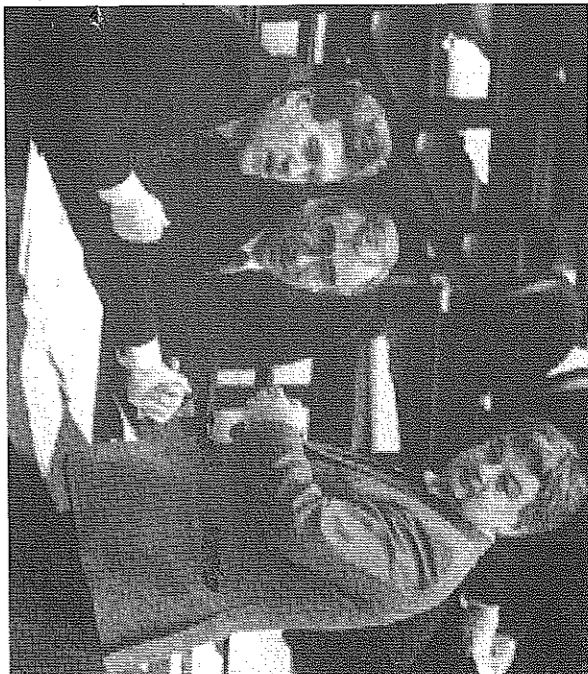
Ursel Beck, IGAM-Mitglied, Köln

Hat man dieses Argument schon mal gehört, wenn es um die Erhöhung von Diäten und Steuergeschenke an die Super-

Stoppt Privatisierung

Seiten 6-7

Landtagswahlen in NRW



Die Grünen: „Selbst in ihren wildesten Zeiten nie eine Partei der Arbeiterklasse“

Die Grünen - eine Alternative?

Wahlen in NRW und Bremen. Manch einer der bisher SPD oder gar nicht gewählt hat, überlegt diesmal seine Stimme den Grünen zu geben. Nicht aus Überzeugung, sondern nach dem Prinzip das

„Kleinere Übel“ zu wählen. Allerdings, so klein sind die Übel der Grünen schon lange nicht mehr.
Georg Kümmele, Köln
Je näher die Grünen der Macht

Zynischer Witz

Um Flüchtlinge in Sammellager zu pferchen und sie davon abzuhaken, menschenwürdig zu wohnen, hat sich die Stadt Mainz etwas Besonderes einfallen lassen. Sie genehmigt Flüchtlingen die Anmietung von Privatwohnungen nur, wenn der Quadratmeterpreis 75 Prozent der ortsüblichen Durchschnittsmiete beträgt. Das wären 4,56 DM. Eine Immobilienmaklerin, das ist „ein Witz“, solche Preise seien nicht einmal im sozialen Wohnungsbau zu finden.
Flüchtlinge müssen im Lager bleiben, selbst Menschen, die aus ärztlichen Gründen dort eigentlich nicht wohnen dürften, zum Beispiel bosnische Flüchtlinge, die oftmals psychische Probleme haben.
Begründung: Die Unterbringung der Flüchtlinge müsse von der Bevölkerung akzeptiert werden, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Stadt gebe viel Geld für sie aus. Doch durch die Isolation in den Lagern steigen rassistische Vorurteile, die Probleme, die das Zusammenleben auf engstem Raum zur Folge hat, erleichtern rechten Scharfmachern ihre Hetze.
Wenn solche Praktiken heute gegen Flüchtlinge durchgesetzt werden, ist der Tag nicht mehr fern, an dem Sozialhilfempfänger nur noch Billigwohnungen bekommen können und sich ansonsten in Notunterkünften aufhalten dürften. (nach einem Bericht der Frankfurter Rundschau, 22. 4. 95)

Die Suche nach dem Unterschied

Bevor der Langweiligste aller Wahlkämpfe der letzten Jahre zu Ende geht, stehen die Verlierer bereits fest: Die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien.
Gaëtan Kayitare, Aachen

Verteigt man die Aussagen der Wahlplakate der seit Jahrzehnten regierenden Sozialdemokraten, gleich Nordrhein-Westfalen einem Paradies, weit und breit keine Probleme!
„Täglich 72 neue Kindergartemplätze“, „Gestern Nullbock, heute studieren sie auf 54 Hochschulen“, „In zehn Jahren 800 000 Arbeitsplätze geschaffen“, prangt es auf den Wahlplakaten.

Kein Wort über Massenarbeitslosigkeit, über den Kindergartennotstand oder überfüllte Hochschulen.
Die einzige Kampfansage auf Wahlplakaten gilt nicht etwa den Steinhilzern im Milhlarden-Bereich oder der Bundesregierung mit ihrer Kür-

zungspolitik, sondern den „Langingern“, den Taschendieben, die mit der Härte des Gesetzes bedroht werden.
Qual der Wahl
Die öffentlichen Arbeitgeber haben große Geschütze aufgeföhren und fordern Lohnsenkung und Privatisierung öffentlicher Dienste und Sozialleistungen. SPD, CDU, Grüne und FDP weitern, wer diese Forderungen am konsequentesten umsetzen kann.
Neben Innenminister Kanther stellt die SPD mit dem NRW-Finanzminister und dem Kölner Oberstadtdirektor Ruschmeier die Verhandlungsführer in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst. Schleußer mache deutlich - bevor die Tarifrundungen losgingen - daß die 6-Prozent-Lohnforderung realitätsfern sei. Von ihm ist aber bis heute keine Kritik bekannt über die Forderung seiner Genossen im Bayrischen Landtag ihre Diäten um 27 Prozent zu erhöhen!

sind, desto weiter rechts ist ihre Polink: Hessens erster grüner Justizminister, Rupert von Ploitz, verteidigt Abschiebung und Abschiebeknäste. So erklärt er in einem Interview mit der taz, (11.04.95): „Allerdings läßt sich nicht ernsthaft darüber streiten, daß jemand, der sich erkläre, maßßen illegal in der Bundesrepublik aufhalten will, obwohl er von einer rechtskräftigen Ausweisung betroffen ist, in Abschiebeknäste genommen wird.“
Nebenbei bemerkt: Dieser grüne Minister identifiziert sich schon voll und ganz mit den Wertvorstellungen von Kohl, Kanther und Schöningh. Andernfalls könnte er sich nicht zu der Behauptung versteigen, daß manche Immigranten sich gerne illegal in der Bundesrepublik aufhalten wollen. Schließlich wird der betreffende Mensch

nicht auf eigenen Wunsch sondern erst durch den Ausweisungsschluß zur „illegalen“ Person.
Ralf Fricke, ehemaliger grüner Senator in Bremen, verteidigte das gegen Linke gerichtete Demonsterverbot anlässlich der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit in Bremen.
Als Umweltsenator warb Fricke für den Teilerwerb der kommunalen Energieversorgung an den VEB-A-Konzern, der sein Geld unter anderem mit Atomstrom verdient.
Den Grünen in Bremerhaven fällt in ihrem Wahlprogramm zum Thema öffentliche Verwaltung folgendes ein: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für eine Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten, etwa beim Amt für Straßen- und Brückenbau, dem Hochbauamt, den staatlichen Untersuchungsämtern, den fernmeldetechnischen Ämtern oder etwa dem Gartenbauamt.“
Anscheinend ist ihnen entgangen, daß die private Wirtschaft den Umweltschutz so ernst nimmt wie „McDonalds“ Privatisierung bedeutet Arbeitslosigkeit für die einen und

mehr Arbeit aber weniger Geld für die anderen. Das stört die Grünen nicht. Denn der Satz in ihrem Programm „Bei aller Reform und Verschlinkung sollen Entlassungen vermieden werden“ riecht verächtlich nach „Entlassungen nicht ausgeschlossen“.
Bürgerliche Partei
Während Bündnis90/Grünen schon mal mit der CDU auf kommunaler Ebene koalieren, bei Parlamentsposten mit ihr kungeln und Ideen über weitere Zusammenarbeit mit der CDU entwickeln, wird die PDS von ihnen wie von den anderen Parteien wie aussätzig behandelt. Im Ostdeutschland tun sich die Bündnis90/Grünen eh' mehr durch Hetze gegen die PDS als durch Kampf gegen die Konservativen hervor.
Die Erklärung für den flotten Marsch nach rechts der Grünen liefert der grüne Justizminister, Rupert von Ploitz: „Die Grünen waren ja selbst in ihren wildesten Zeiten nie eine Partei der Arbeiterklasse.“ (taz, 11. 04. 95).
Von ihrer Entstehung und von der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder, insbesondere der Mandatsträger, sind die Grünen eine Partei der kleinbürgerlichen Mittelschicht. Das erklärt warum sie in ihrer Politik wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse normaler ArbeiterInnen nehmen. Gleichzeitig haben die Alternativen, wie sie früher öfter genannt wurden, keine gesellschaftliche Alternative zum bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem.
Auf dem Weg zur Öko-FDP
Beides zusammen führt zu der oft beobachteten Wandlung der Grünen: Von der Fundamentallopposition zur rechten Real-Politik. Bei Themen wie Umweltschutz können sich die Grünen wegen dem Rechdruck der SPD oft noch als linke Alternative profilieren. Der Trend geht allerdings klar zur Öko-FDP, allerdings immer weniger Ökologen und immer mehr FDP. Niemand soll sich wundern, wenn die Grünen in Zukunft mit ihrer „Real-Politik“ öfters rechts von der SPD zu finden sind.
Die Lehre aus der Rechtswende der Bündnis90/Grünen: Wer rechte Politik ablehnt, egal ob rosarot oder grün eingefärbt, der muß selbst aktiv werden.

mehr Arbeit aber weniger Geld für die anderen. Das stört die Grünen nicht. Denn der Satz in ihrem Programm „Bei aller Reform und Verschlinkung sollen Entlassungen vermieden werden“ riecht verächtlich nach „Entlassungen nicht ausgeschlossen“.

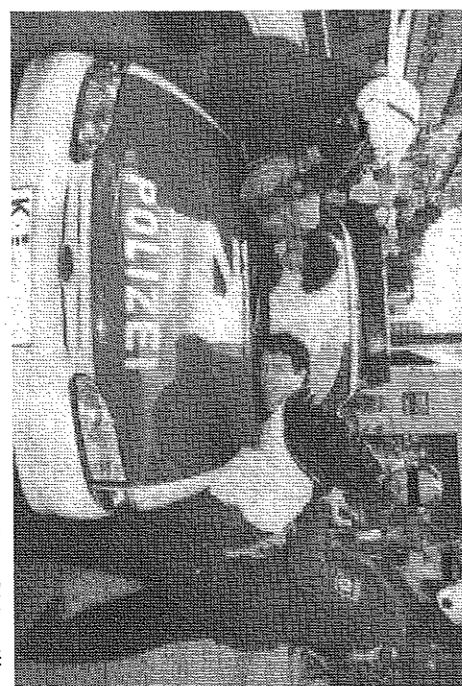
Während Bündnis90/Grünen schon mal mit der CDU auf kommunaler Ebene koalieren, bei Parlamentsposten mit ihr kungeln und Ideen über weitere Zusammenarbeit mit der CDU entwickeln, wird die PDS von ihnen wie von den anderen Parteien wie aussätzig behandelt. Im Ostdeutschland tun sich die Bündnis90/Grünen eh' mehr durch Hetze gegen die PDS als durch Kampf gegen die Konservativen hervor.

Die Erklärung für den flotten Marsch nach rechts der Grünen liefert der grüne Justizminister, Rupert von Ploitz: „Die Grünen waren ja selbst in ihren wildesten Zeiten nie eine Partei der Arbeiterklasse.“ (taz, 11. 04. 95).
Von ihrer Entstehung und von der sozialen Zusammensetzung der Mitglieder, insbesondere der Mandatsträger, sind die Grünen eine Partei der kleinbürgerlichen Mittelschicht. Das erklärt warum sie in ihrer Politik wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse normaler ArbeiterInnen nehmen. Gleichzeitig haben die Alternativen, wie sie früher öfter genannt wurden, keine gesellschaftliche Alternative zum bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem.

Beides zusammen führt zu der oft beobachteten Wandlung der Grünen: Von der Fundamentallopposition zur rechten Real-Politik. Bei Themen wie Umweltschutz können sich die Grünen wegen dem Rechdruck der SPD oft noch als linke Alternative profilieren. Der Trend geht allerdings klar zur Öko-FDP, allerdings immer weniger Ökologen und immer mehr FDP. Niemand soll sich wundern, wenn die Grünen in Zukunft mit ihrer „Real-Politik“ öfters rechts von der SPD zu finden sind.
Die Lehre aus der Rechtswende der Bündnis90/Grünen: Wer rechte Politik ablehnt, egal ob rosarot oder grün eingefärbt, der muß selbst aktiv werden.

Wofür wir kämpfen

- Arbeit und Ausbildung**
 - ★ Arbeit für alle
 - ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalgleich
 - ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
 - ★ Gleicher Lohn in Ost und West
 - ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
 - ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto
- Wohnen**
 - ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
 - ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
 - ★ Enteignung großer privater Wohnungsbestände
 - ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr
- Soziales**
 - ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
 - ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
 - ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
 - ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen
- Bundeswehr**
 - ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
 - ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
 - ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland
 - ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisierung für Soldaten
 - ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilistenleistungen
- Umwelt und Verkehr**
 - ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörerender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
 - ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Bausstopp für Müllverbrennungsanlagen
- Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Nulltarif**
 - ★ Verstaatlichung der Autoindustrie und Umstellung auf alternative Produktion
- Frauen**
 - ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
 - ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
 - ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
 - ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern
- Gegen Rassismus und Faschismus**
 - ★ Keine Abschiebungen
 - ★ Wahrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
 - ★ Abschaffung aller Ausländergesetze
 - ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten durch antifaschistische Bewegung, Gewerkschaften, SPD und PDS
- Gewerkschaften, SPD und PDS**
 - ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
 - ★ Organisierung eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
 - ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- Für eine sozialistische Demokratie**
 - ★ Keine Privatisierung Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
 - ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
 - ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschnittlichen Facharbeiterlohn



Festnahme von ausländischen Demonstranten: NRW-SPD will in „law and order“ mit der CDU mithalten

steigen ländereindlichkeit könnte, da die CDU den Abschiebestop zum Wahlkampfthema machen würde!
Zynischer geht es kaum noch. Was ist der nächste Schritt - Republikaner-Politik, damit die kein Wahlkampfthema mehr haben? 1200 KurdInnen sind jetzt in NRW von der Abschiebung bedroht.
Der voraussetzende Gehorsam der SPD in der Abschiebefrage läßt Unles befürchten. Auch ein SPD-regiertes NRW wird wohl dem Zurückkehren der Oberstufenreform der Siebziger Jahre zustimmen, wird weiter auf Kosten der ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger kürzen.
Zu verhindern, daß die CDU in NRW an die Regierung kommt, ist schön und gut. Aber auch unter unser alles Landesvater Rauter - „Ich setze mich für Menschen ein, die nicht meiner Meinung sind“ - muß die Gegenwehr von unten verstärkt werden.

Tritte nach unten



Ein Obdachloser in Hamburg: Fast 200 000 Leute sind inzwischen obdachlos

Nach der existenzbedrohenden Asylschwemme wird Deutschland von Herden arbeitsunwilliger, fauler Herdumgammeler ruiniert. Den Eindruck erweckt jedenfalls der Maßnahmenkatalog, mit dem Herr Seehofer den Sozialhilfeempfängern zu Leibe rücken will.

Geert Möbius, Köln

Wer behauptet denn die Staatsfinanzen mehr die alleinerziehende Mutter oder der steuerhinterziehende Manager? Schließlich sind es Mütter, Langzeitarbeitslose, Rentner und Kinder die den Großteil der Sozialhilfeempfänger ausmachen. Die Propagandakampagne um die „Sozialberiberger“ dient lediglich dazu, Sündenböcke für Kürzungen staatlicher Ausgaben aufzubauen. Seit 1970 sind die Ausgaben für Sozialhilfe von 3,3 auf 48 Milliarden DM (1993) angestiegen. Doch gleichzeitig gab es den massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut in Deutschland.

Sozialhilfe ist eine Folge der wirtschaftlichen Probleme des Kapitalismus – niemand lebt schließlich freiwillig von so lä-

ten, ist nicht nur rassistisch sondern auch zynisch: schließlich wird in der Türkei und Ex-Jugoslawien mit deutschen Waffen genordet.

Der Angriff trifft alle

Ein weiteres Ziel ist das Absenken des Lebensstandards insgesamt. Die Reform soll den Arbeitsgebern nicht nur billige Arbeitskräfte verschaffen, sondern Spielraum für Lohnrückerei gerade bei Niedriglöhnen verschaffen. Nichts anderes ist mit dem „Lohnabstandsgebot“ gemeint. Für öffentliche Arbeitgeber kommt die Zwangsarbeit von Sozialhilfeempfängern besonders günstig: sie sparen tariflich zu entlohnende Reinigungskräfte.

Die Marktwirtschaft bietet den Menschen nicht mehr ausreichende Möglichkeiten, sich mit den nötigen Mitteln für eine selbst bescheidenes Leben zu versorgen. Überall soll ausgelebt werden: Nur die „Besten“ werden gut bezahlt, müssen sich dafür aber kaputtarbeiten. Die Durchschnittlichen kommen so eben hin und wer dem Konkurrenzdruck nicht gewachsen ist, hat in dieser Gesellschaft ein lebenswertes Leben nicht verdient. Seehofer bleibt dem Prinzip des Kapitalismus treu: immer auf die Schwächsten.

Seehofers Sozialmassaker

Der Sozialhilfesatz soll nicht mehr entsprechend der Preise sondern der Nettolohnentwicklung erhöht werden. Steigen die Nettolöhne tatsächlich einmal, bleibt die Anhebung der Sozialhilfe auf 2 Prozent begrenzt 1999 soll der „Warenkorb“, der zur Berechnung dient, neu überdacht – und eingeschränkt werden. Seiten zu tätige werden, Seiten zu tätige Käufe (Kleidung, Hausrat) natürlich eingerechnet und nicht mehr gesondert bewilligt.

Wird die Sozialhilfe gesenkt, müssen alle Lohnabhängigen mehr Steuern zahlen. So sinkt nämlich auf das nach einem Verfassungsverstoß gerichtete steuerfreie Existenzminimum.

Außerdem soll die Sozialhilfe nach oben durch das „Lohnabstandsprinzip“ begrenzt werden: sie muß mindestens 15 Prozent unter dem Einkommen eines Arbeiters mit dem niedrigsten Nettolohn liegen.

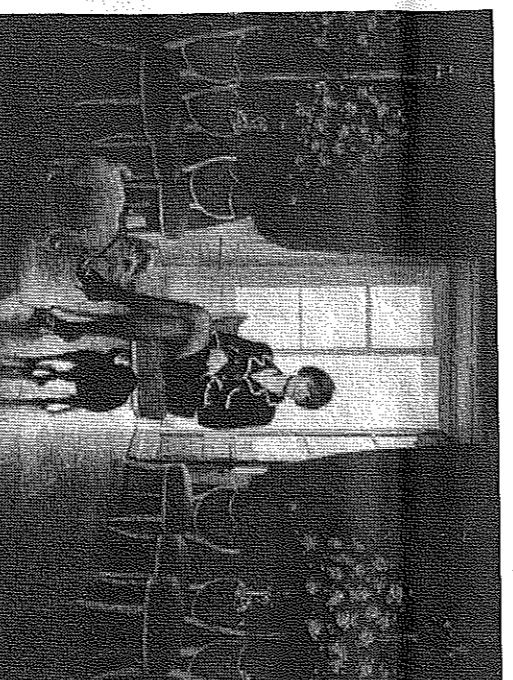
Kommunen können jeden Sozialhilfeempfänger zu öffentlicher Arbeit – Reinigung oder Verkeimseln etc. – heranziehen. Stundenlohn: 2 DM. Wer diese Zwangsarbeit verweigert muß zwingend mit einer Kürzung um mindestens 25 Prozent rechnen, der Rest wird zudem in Sachleistungen erbracht. Bisher lag eine Kürzung im Ermessen der Kommune, möglich ist auch die totale Streichung!

„Wiedereingliederungsmaßnahmen“ (ABM, Lohnkostenzuschuß an Arbeitgeber – bis zu 70 Prozent – Umschulung, Fortbildung) sollen künftig statt von Arbeitsamt von den Kommunen bezahlt werden. Gerade der Lohnkostenzuschuß ist für öffentliche Arbeitgeber und Unternehmer interessant, nach Entlassung von tariflich bezahlten Kräften Kosten zu sparen.

Köln: Polizei schikaniert Roma

Im Kölner Stadtteil Poll wurde am 8. April ein ausgesetztes Neugeborenes gefunden. Ein Zeuge behauptete, eine Frau mit Kinderwagen in der Nähe gesehen zu haben, die danach zu einem Flüchtlingswohnheim gegangen sei, in der hauptsächlich Roma aus Bosnien wohnen. Die Polizei reagierte mit einer Razzia. Das Wohnheim wurde umstellt, 40 Frauen zu einer Blutprobe mitgenommen, drei Frauen, darunter eine 15jährige, wurden zwangsweise gynäkologisch untersucht.

Polizeisprecher weisen den Vorwurf des Rassismus weit von sich und berufen sich auf die Hinweise. Sie hätten dies in jedem anderen Fall auch gemacht, das wäre nicht gegen die Roma gerichtet. Wirklich? Wenn also demnächst im Kölner Bonzenviertel Hahnwald ein ausgesetztes Baby gefunden wird und jemand meint, eine Frau mit Peitztragen in der Nähe beobachtet zu haben, werden



Fürstin Gloria von Thurn-und-Taxis blickt voller Verachtung auf die Sozialschmarotzer: warum werden sie nicht jeden Morgen um Millionen reicher?

Leere Kassen

Fortsetzung von Seite 1

Die 24 Milliarden, die die volle Durchsetzung der Forderung kosten würde, sind existenziell wichtig für die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sie sind ein Klacks im Vergleich zu den Geschenken an die Unternehmer.

● 10 Prozent der privaten Haushalte verfügen über 1,8 Billionen über eine Gesamtvermögen von 4,6 Billionen (Stand 1992).

Mit 0,5 Prozent mehr Vermögen werden mehr als 24 Milliarden Lohnneuhöhungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst zusammen

● 1993 haben die Konzerne und Unternehmer netto 574,1 Milliarden Profite gemacht aber netto nur 116,7 Milliarden investiert.

Mit nicht einmal 5,5 Prozent der nicht investierten Gewinne könnten die 6 Prozent der ÖTV finanziert werden.

● Würde den deutschen Banken untersagt Zinsesträge nach Luxemburg zu transferieren, um sie dem Zugriff der Finanzämter zu entziehen, würde der Staat 13 Milliarden mehr Zinsabschlagssteuer einnehmen

Kanzler-Vize Schäuble prozitiert mit der Umverteilung zugunsten der Reichen: „Wir haben, zum großen Ärger aller linken Ideologen die Besteuerung von Unternehmen innerhalb der vergangenen fünf Jahr um 11 Prozent gesenkt, was dazu geführt hat, daß die Ertragssteuern für Unternehmen sich heute auf dem niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik befinden.“

Angesichts dieser bewußten Politik der Plünderung der Staatskassen für die Reichen, darf es in dieser Tarifunde kein Pardon geben – die 6 Prozent müssen voll durchgesetzt wer-

den!

SPD-Länder und Kommunen

Die Kohl-Regierung hat eine bewußte Politik betrieben, die zum größten Teil SPD-regierten Länder und Kommunen finanziell auszubluten. Ihnen wurden immer mehr Lasten aufgestallt und gleichzeitig ihr finanzieller Spielraum eingengt. Die SPD hätte ihre Mehrheit im Bundesrat und ihr starke Position in den Städten nutzen können, um Front gegen Bonn zu machen. Ihre Politik der inoffiziellen Großen Koalition ist schuld daran, daß Kohl überhaupt noch an der Regierung ist. Wenn die SPD-regierten Länder und Städte nicht gegen Bonn kämpfen und stattdessen den schwarzen Peter an die Beschäftigten und die Benutzer öffentlicher Dienstleistungen weitergeben, muß ihre Politik von der ÖTV ebenfalls hart bekämpft werden.

1993 haben die Konzerne und Unternehmer netto 574,1 Milliarden Profite gemacht aber netto nur 116,7 Milliarden investiert.

Die SPD ist ausschlaggebend im Lager der öffentlichen Arbeitgeber. In den Tarifrunden im öffentlichen Dienst hat sie immer eine Front mit der CDU gegen die ÖTV gebildet. Inzwischen überholen SPD-Regierungen die CDU zuweilen in ihren Angriffen auf die Staatsbediensteten. So lief der Versuch die Löhne der Busfahrerinnen in NRW um 30 Prozent zu senken unter Führung des SPD-Ober-

nicht zuletzt den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften müssen alles tun, um eine CDU-Übernahme in Düsseldorf zu verhindern.

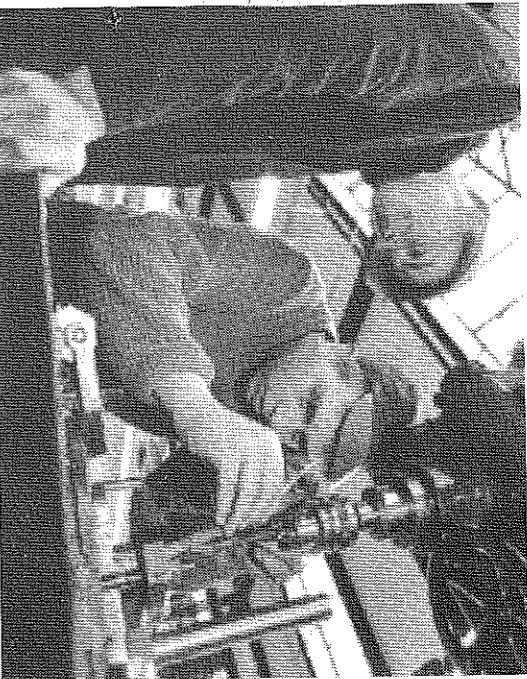
Aber die SPD darf mit unkritischer Wahlunterstützung keinen Freibrief bekommen für gewerkschaftsfeindliche Politik. Die ÖTV müßte Wahlveranstaltungen nutzen um die Tarifausschließung in die SPD zu transferieren. Die Gewerkschaft darf nicht zulassen, daß die SPD mit Sprüchen über soziale Gerechtigkeit auf Stimmentgang geht und gleichzeitig Lohnraub an ihren Wählern begeht.

Offensichtlich hat aber die ÖTV-Führung wegen ihrer Verfilzung mit der SPD-Spitze kein

Interesse an einer Konfrontation. Das zeigte die zentrale Maid Kundgebung des DGB in Köln. Als Redner trat kein ÖTVler auf, sondern Johannes Rau. Statt Kampf gegen die Angriffe auf den öffentlichen Dienst eine Wahlkampfyveranstaltung für eine SPD, die nicht nur in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst keine Arbeitnehmerpolitik mehr macht!

Diese Zusammenspiel von SPD- und Gewerkschaftsbürokratie deutet schon wieder auf einen Abschluß auf Kosten der ÖTV-Mitgliedschaft hin. Und das zeigt, daß es notwendig ist, daß sich Aktivisten, kritische und kämpferische Vertrauensleute, Jugendvertreter und Personaräte zusammenschließen, um Druck von unten zu organisieren und über die Tarifrunde hinaus eine organisierte Opposition aufzubauen, die eine inhaltliche und personelle Alternative zur jetzigen Führung aufbaut.

Wer nicht ausgebildet soll zahlen!



Im Osten herrscht Ausbildungsnotstand aber auch im Westen sind qualifizierte Ausbildungsplätze rar

„Wir bitten Sie herzlich: machen Sie mit.“ Dies ist die Aufforderung des Arbeitgeberpräsidenten Nummann und des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handels-tages (DIHT), Stihl, an die Unternehmer, Ausbildungsplätze zu schaffen.

Frank Klöbes, Kassel

Dabei waren sie selbst in den letzten Jahren die Wortführer

beim Arbeitsplatzabbau und Ausbildungsplatzverminderung. Sie und ihre Verbandsmitglieder sind verantwortlich für die Verminderung von 220 000 Ausbildungsplätzen seit 1992.

Die Profite der Unternehmen haben sich 1994 zum Teil bis zu 150 Prozent erhöht. Für immer mehr Jugendliche bleibt jedoch nur die Arbeitslosigkeit, weil sie nach der Ausbildung nicht übernommen werden oder erst gar

keine Lehrstelle finden. Dieses Jahr droht die Katastrophe für viele Schulausbürger. Besonders in Ostdeutschland. Dort bekommt nur jeder Dritte einen Ausbildungsplatz. Auf 152 000 Lehrstellen suchende kommen 59 000 Ausbildungsplätze. Obwohl dieses Jahr fast 30 000 Schulausbürger hinzukommen, hat die Wirtschaft 600 Ausbildungsplätze abgebaut.

Auswandern?

Aber auch im Westen wird die Ausbildungssituation dramatischer. Gegenüber 1994 wurden 62 000 Ausbildungsplätze abgebaut. Nur jeder dritte Betrieb bildet überhaupt noch aus. Im öffentlichen Dienst wurden allein dieses Jahr 10 000 Ausbildungsplätze abgebaut. Auf die verbleibenden 447 000 kommen zwar lediglich 367 500 Lehrstellenstunde, doch gibt es extrem starke regionale Unterschiede, von einem Angebot mit Wahlmöglich-

keiten ganz zu schweigen. Während es im Süden Deutschlands ein größeres Lehrstellenangebot gibt, gibt es zum Beispiel in Norddeutschland, im Ruhrgebiet, Berlin und in Teilen Hessens und Niedersachsens viel zu wenig Ausbildungsplätze. Das Rezept kluger Politiker: Ab in den Süden!

Ein großer Teil von Jugendlichen wird auf der Straße bleiben und in die Sozialhilfe abrutschen. Und die soll nach den Plänen des CSU-Ministers Seehofer auch noch gekürzt werden – bei sogenannten Arbeitsunwilligen um bis zu 25 Prozent. Zu denen gehören dann die, die sich weigern für Leiharbeitsfirmen zu arbeiten oder am Bau für einen Sozialhilfe-Lohn zu schufteln.

Aktiv werden!

Sich auf die Versprechen zu verlassen, Ausbildungsplätze zu schaffen, wäre dünn. Bisher haben der DGB und die Einzelgewerkschaften diese Dummheit begangen. Jetzt versuchen sie für die zweite Maiwoche eine bundesweite Aktionswoche durchzuführen. Aber jeder weiß,

daß solche „Aktionen“ bei der Bundesregierung und den Unternehmern wenig bewirken, nur der Aufreißer sein können.

Mit diesem Geld können unterbetriebliche Ausbildungszentren bezahlt werden, die jedem eine gute Ausbildung ermöglichen. Um die Übernahme in einen Betrieb zu garantieren, müssen die Unternehmer verpflichtet werden, Auslernende „unbefristet einzustellen. Unternehmen, die sich weigern zu zahlen oder Auslerner einzustellen, müssen enteignet, die Betriebe unter demokratische Kontrolle von Beschäftigten, Gewerkschaften und Staat gestellt werden. ■

Unsere Forderungen

- Garantierte Übernahme im erlernten Beruf, unbefristet, heimatnah und Vollzeit
- Arbeitsplätze für alle durch drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- Einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen, gut bezahlt und qualifiziert
- Stop der ausbildungsfeindlichen Tätigkeiten
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand
- Einrichtung von Berufsbildungszentren die schulische und praktische Ausbildung zusammenfassen. Die Unternehmer sollen diese Zentren finanzieren
- Gestaltung, Kontrolle und Verwaltung der Zentren durch demokratisch gewählte Vertreter der Azubis, Gewerkschaften und des Staates (z. B. der Kommunen)
- 1800 DM Mindestvergütung

Bildungskahnschias

Nicht für das Leben ...

Es fehlen 100 000 Lehrer, über 30 Schülern in einer Klasse, schlechte Ausstattung der Schulen – die Situation ist schlecht und soll noch schlechter werden: Die Oberstufenreform der Siebziger Jahre soll wieder zurückgedreht, das stramme Abitur der Sechziger wieder eingeführt werden.

Kirsten Achtedik, Schüleraktionskomitee, Aachen

Schon 1987 hatte es eine „Abi-Deform“ gegeben, bei der die Fächer-Wahlmöglichkeiten eingeschränkt wurden. Bis zur deutschen Vereinigung gäbe das Thema weiter unter der Oberfläche. Dann bot die 12jährige Schulzeit in der Ex-DDR einen guten Ansatzpunkt für die reaktionären Bildungswender, das Thema Schulzeitverkürzung aufzugreifen und darüber die erreichten Bildungsreformen auszubehnen.

CDU und FDP nutzen die Gunst der Stunde, die gesamte Oberstufenreform zurückzudrehen. Ihre Propaganda: Deutsche Studenten seien zu alt, sie wären im europäischen Wettbewerb benachteiligt. Sie wollen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit „Ermöglicht werden soll das Ganze durch eine „Eintümpelung“ der Lehrpläne. Doch von was will die CDU die Lehrpläne entrümpeln? Nicht von überflüssigem Spezialwissen, von Zahlen, Daten, Fakten, die wir uns reinpacken müssen und ein halbes Jahr später so wieso wieder vergessen haben. Eher von Sachen, die Spaß machen, von Kunst oder Musik, oder von der Erziehung zu kritischem Denken, das dank der vielen ausfallenden Stunden so wieso zu kurz kommt. Sie wollen die Wahlmöglichkeiten Richtung Null begrenzen.

... für die

Unternehmer lernen wir

Das Abi solle wieder ein „Nachweis der Hochschulreife“ werden. Die Schüler sollen sich wohl schon früh an überfüllte Klassen, gestrebte Lehrer und Konkurrenzkampf gewöhnen, damit ihnen die beschissene Situation an den Urns nicht mehr so auffällt.

Hindernisse

Es stimmt, daß in vielen anderen europäischen Ländern nur 12 Jahre bis zum Abi dauert, dafür sitzen die Schüler dann aber zum Beispiel in Frankreich auch jeden Nachmittag bis 17 Uhr in der Schule. Und dann auch noch Hausaufgaben machen und für Klausuren üben? Wir dankt! Außerdem ist dort die Prozentzahl der Schüler, die mindestens ein Jahr wiederholen müssen viel höher. Dadurch sind es für viele dann doch wieder 13 Jahre.

Der Plan der konservativen Politiker lautet sowieso nicht, die Oberstufe einfach um ein Jahr zu kürzen. Das wäre für die Leute, die von den Real- und Hauptschulen kommen, schon schlimm genug, weil sie die Stufe 11 mehr wollen, sie die Sekundarstufe 1 um ein Jahr kürzen, was deren Durchlässigkeit total einschränken würde und fast keine Übergangsmöglichkeiten von den beiden anderen Schultypen mehr zulassen würde.

Das Ziel wird somit klar: Die Zahl der Abiturienten und damit der Studenten soll verkleinert werden, um eine Elite zu produzieren, die nicht mehr hinterfragt, sondern nur noch darauf guckt, ihre Prüfungen zu bestehen, koste es was es wolle. Weit wunderter, daß der Arbeitgeberverband für diesen Plan Feiern und Flamme ist. Auch die beiden anderen geplanten Maßnahmen dienen diesem Ziel. Die von der CDU und FDP favorisierte Abschaffung des Kurssystems fördert keine breite Allgemeinbildung.

Es würde nicht zu einer Förderung der in einem Bereich Begabten führen, sondern nur noch „Allround-Genies“ eine Chance geben. Derselben Auswirkungen hätte ein Zentralabitur. Die Schülerinnen und Schüler würden in allen Kernächtern geprüft werden. Zu den Bereichen in denen mensch dann noch auf jeden Fall kämen dann noch auf jeden Fall Deutsch, eine Fremdsprache, Mathematik, eine Naturwissenschaft und Geschichte dazu.

„2 Prozent Elite“

In Baden-Württemberg, wo die CDU zusammen mit der SPD regiert, gibt es das schon. Dort kommt noch hinzu, daß kein Schuljahr in der Oberstufe wiederholt werden darf. Das führt dazu, daß gerade sozial Schwächere ausgegrenzt werden. Die können sich nämlich keine Nachhilflehrerinnen leisten. 40 Prozent der SchülerInnen müssen auch noch nebenbei jobben und kommen gestreut zur Schule. Auf ihren Rücken würde diese Reform ausgetragen.

In einem internen Papier, dessen sinniger Titel: „Gesellschaft von Morgen“ lautet, hat die CSU festgelegt, wieviel Leute welchen Abschluss erhalten sollen: Deutschlands Wirtschaft braucht demnach 2 Prozent „Elite“, 18 Prozent Akademiker, 65 Prozent mittlere und höhere Abschlüsse. 15 Prozent sollen ohne Abschluss bleiben.

Die Schulpolitik wird nicht von uns und unseren Bedürfnissen bestimmt, sondern von den Politikern, jedoch nicht von den einmal von den Finanzministern – im Auftrag der Wirtschaftsbosse.

In der Kommission der Kultusminister, die darüber berät, wie die Oberstufe in Zukunft aussehen soll sitzt, dann konsequenterweise zum Beispiel auch der Geschäftsführer der VW-Coaching GmbH. Nicht für die Schule! ■

Der erste Castor aus Philippsburg ist nun im Zwischenschlag in Gorleben eingelagert, das auf diese Weise unter der Hand zu einem nicht genehmigten Endlager umfunktioniert werden soll.

Angela Bankert, Köln

Regierungsparteien und Behörden bemühen sich eifrig, den massiven Widerstand der Bevölkerung zu kriminalisieren.

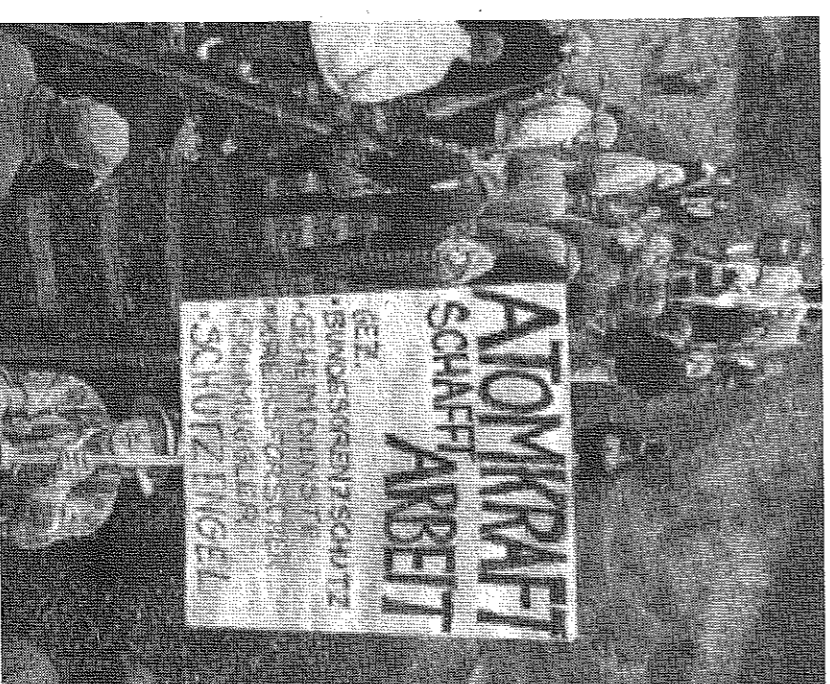
die Fortpflanzungsorgane! Doch die Atommafia fährt unbehindert fort. Zur Durchsetzung ihrer Strategie bot der Staat für den Castor-Transport einen der größten Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte auf, für schlappe 50 Millionen DM Steuergelder.

Ausstieg sofort!

Die Beschlusslage der SPD ist seit dem Parteitag 1986 eindeutig: Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb von 10 Jahren. Doch immer wieder wurde versucht, durch Druck von außen wie auch durch innerparteiliche Debatten, daran zu rütteln. Und bei Wackelkandidaten wie Schöping, Schröder und Co. darf man vermuten, daß sie für eine Teilhabe in Bonn auch ihre Großmutter verkaufen würden. Immer wieder beugt sich die SPD, wie in Niedersachsen, dem Druck aus Bonn.

Nur mit breitem organisiertem Widerstand der Bevölkerung kann Gegendruck entfaltet und etwas erreicht werden. Die Massenproteste gegen den Castor-Transport waren eine mutige und ermutigende Bewegung, auch wenn sie ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht haben. Es kommt jetzt darauf an, den Widerstand gegen weitere Transporte zu verbinden mit der Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie.

Die gesamte Energiewirtschaft muß aus den Händen der Profiteure genommen werden, die nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ handeln, und der demokratischen gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden. Erst dann kann eine breite, demokratische Diskussion auch über die Probleme der Entsorgung sinnvoll geführt werden. Solange noch täglich neuer Atomwüll produziert wird, ist der Vorwurf, die Anti-AKW-Bewegung mache sich keine Gedanken zwischen- und Endlagerung des schon produzierten Mülls keine Gedanken, blanker Zynismus. ■



Tausende, darunter „ganz normale Bürger“ aus der Region, demonstrieren wütend gegen die Atom-Mafia

Die Gewalt geht jedoch von der Atommafia und ihren politischen Handlangern aus. AKWs weiterzubetreiben und täglich neuen Atomwüll zu produzieren – das sind ständige Gewaltakte, bei denen Massensterben und Verstrahlung ganzer Landstriche für Generationen unwillig in Kauf genommen werden.

Allein der eine Behälter aus Philippsburg enthält 4,8 Tonnen strahlender Stoffe und damit

NRW schiebt ab - DGB muß aktiv werden

Nach Bayern ist Nordrhein-Westfalen das zweite Bundesland, das Kurden abschiebt. Ein 29jähriger wurde am 25. April noch vor Ende seines Anerkennungsverfahrens nach Ankara geflogen. Von Innenminister Schnoor großmäuligen Ankündigungen, daß sich um die Abschiebungen ein Menschenrechtsverein kümmern würde, hört man nichts mehr.

Kein Wunder, der Istanbuler Menschenrechtsverein hat dies sowieso als lächerlich betrachtet, da er selber unter der Verfolgung durch die türkische Regierung zu leiden hat. Mit der Aufhebung des Abschiebesops hat Nordrhein-Westfalen die CDU-Politik vorweggenommen.

In den vergangenen Monaten haben SAV-Gruppen zusammen mit JRE an Demonstrationen gegen Abschiebungen und gegen die Unterdrückung in der Türkei teilgenommen. Bei Unterschriftenaktionen haben wir überraschend viele, vor allem jüngere, Leute getroffen, die die Herzipoganda der Regierung durchschauen und gegen Abschiebungen sind.

Der IGM-Vorsitzende Zwiwel hat auf der Ausländerkonferenz der Gewerkschaft die Türkei-Politik der Bundesregierung kritisiert und sich gegen die Ab-

schiebung von kurdischen Asylbewerbern ausgesprochen. Allerdings mit der gefährlichen Einschränkung, daß „überführte Gewalttäter“ abgeschoben werden sollten - für Kohl und Kanter sind auf Demonstrationen festgenommene „überführte Gewalttäter“!

Zunindest ist es ein Schritt vorwärts, sich allgemein gegen Abschiebungen auszusprechen. Doch dem müssen Taten folgen. Proteste von Kurdlinnen und

Türkinnen müssen von den Gewerkschaften unterstützt werden, um die Isolation zu durchbrechen, in die die Regierung die ImmigrantInnen drängen will. Auch die PDS, die Jusos und linke SPD-Gliederungen, sofern es sie noch gibt, dürfen nicht weiter zusehen und müssen aktiv werden.

Die Heize der Regierungen schadet nicht „nur“ den Kurdlinnen, sondern schwächt durch die nationalstische Spaltung mittelfristig auch die Arbeiterbewegung und die Linke in Deutschland. Die SAV wird dafür kämpfen, daß der Protest gegen Abschiebungen, Waffenlieferungen und Unterdrückung von Kurdlinnen breiter wird. Als ersten Schritt fordern wir die Mobilisierung zu einer zentralen bundesweiten Demonstration gegen die Türkei-Politik der Regierung.



Die Kurdenproteste müssen vom DGB unterstützt werden

VW Baunatal Roststift Nr. 2 erschienen

VW Baunatal - Ende Januar haben SAV und Kollegen von VW-Baunatal den Roststift Nr. 2 herausgebracht. Mit der Schlagzeile: „Viel Arbeit - wenig Geld?“ haben wir die Stimmung im Vorfeld der VW-Tarifrunde (VW hat einen Haustarif) getroffen. Viele Kollegen sagten: „Ja, das stimmt“ oder „das trifft den Nagel auf den Kopf“.

Unsere Hauptforderungen für die anstehende Tarifrunde waren 500 DM mehr für jeden und daß die Vier-Tage-Woche auch eine Vier-Tage-Woche sein müsse.

Diese Forderung richtete sich gegen Übersunden, Sonderarbeiten und Flexibilisierung im Interesse der Konzernmanager. Denn die meisten KollegInnen müssen fünf Tage die Woche arbeiten und können sie noch nicht einmal mit Freizeit

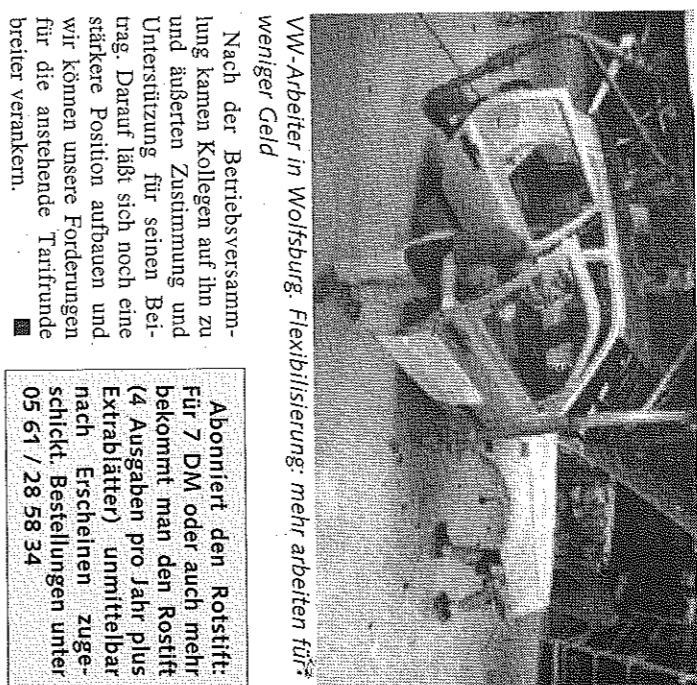
ausgleichen. Somit ist die Vier-Tage-Woche eine Farce, je nach Bedarf lassen die Unternehmer mehr arbeiten. Ist die Auftragslage gut, sollen fünf oder sechs Tage gearbeitet werden. Ist die Nachfrage geringer, können die KollegInnen zu Hause bleiben. Diese unmöglichen Arbeitsbedingungen machte auch ein SAV-Mitglied auf der Betriebsversammlung deutlich. Vor über 10 000 Kollegen wandte er sich

gegen die zunehmende Flexibilisierung und gegen das Ausschleichen von Arbeitern aus verschiedenen Werken und Autokonzernen gegeneinander. Denn überall bekommen die Kollegen das gleiche gesagt: „Wir müssen billiger produzieren, flexibler arbeiten und mehr rationalisieren, um einen Kostenvorteil gegenüber anderen Marken zu haben und um unsere Arbeitsplätze im eigenen Werk zu sichern.“

Beamtenfrust: Offen für die SAV

Anruf einer SAVerin mit der Bitte um Rechtsauskunft bei einer Verwaltungsstelle in Bremerhaven: Der Beamte am anderen Ende der Leitung beglänzt unmittelbar über die Zustände im Amt zu schimpfen: „Wissen Sie, wir sind völlig überlastet. Die Fallzahlen, die wir bearbeiten müssen, sind auf 150 Prozent erhöht worden. Dabei haben wir noch nicht mal einen Computer. Wir kriegen keine juristische Literatur mehr. Würde gestrichen. Wir wissen auch nicht mehr als Sie.“

Trotzdem war er hilfsbereit. Dann die Nachfrage: „Von welcher Organisation sind Sie?“ „Sozialistische Alternative - SAV. Wir waren bisher in der SPD aktiv. Aber jetzt haben wir die Nase voll und neh-



VW-Arbeiter in Wolfsburg: Flexibilisierung: mehr arbeiten für weniger Geld

Nach der Betriebsversammlung kamen Kollegen auf ihn zu und äußerten Zustimmung und Unterstützung für seinen Beitrag. Darauf läßt sich noch eine stärkere Position aufbauen und wir können unsere Forderungen für die anstehende Tarifrunde breiter verankern.

Stoppt die DVU!

Bremehaven, Fußgängerzonen. Ein älterer Mann im Rollstuhl kommt auf unseren Informationsstand zu und poltert rum: „6 Millionen Juden waren noch zuwenig, man hätte alle vergessen sollen!“. Der heftige Streit mit dem Alt-Nazi lockte viele Leute an unseren Stand, sie wollen auf unserer Unterschriftenlisten „Stoppt die DVU!“ unterschreiben und unterstützen uns mit Spenden.

Seit Wochen machen Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE und die SAV Info-Stände gegen die Deutsche Volkspartei des Multimillionärs Gerhard Frey (geschätzter Privatvermögen: 500 Millionen DM). Tägliche Straßaktionen haben uns bekanntgemacht. Durch die Mobilisierung für die Demonstration

Sozialistische Alternative VORAN Treffen der Ortsgruppen und Veranstaltungen

Rostock

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Berlin

OG Treptow/Köpenick: jeden Montag, 19 Uhr, Kinderladen, OC Refziger str. 2 (S-Bahnhof Treptower Park)
 OC Marzahn: jeden Dienstag, 19 Uhr, PDS-Stützpunkt Allee der Kosmonauten 99 (S-Bahnhof Spinnpühl)
 OC West-Nord: jeden Freitag, 19 Uhr, Inkstreff-Wedding, Weddingstr. 6 (S-Bahnhof Nauener Park)
 Weitere Infos unter: 030 / 4 44 76 16

Bremerhaven

Jeden Montag, 19 Uhr, Freizeitheim Lehe-Treff, Eupener Str. 3
 Infos über Themen unter: 04 71 / 41 75 48

Kassel

OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Moorbachstr. 12
 OC West: jeden Sonntag, 19 Uhr, Cafe Liebe, Fr.-Ebert-Str. 171 (gegenüber der Stadthalle)
 Infos über Themen unter: 05 61 / 1 64 91

Köln

Montag, 9. 5., 8. Mai 45: Nazis weg, Kapitalisten bleiben!
 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3
 Infos unter 02 21 / 13 45 04

Aachen

OG Nord: jeden Montag um 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
 OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
 OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Krautruhe, Thierstr. 16
 SAV-Gewerkschafter-Arbeitskreis: „OTV-Tarifrunde: 6 Prozent - schon ein Kompromiß“, 19 Uhr, Gaststätte Bergama, Rubenstr. 3
 SAV-Stadtvorstand: Dienstag, 6. 6., „Privatisierung stoppent“, 19 Uhr, Che-Haus, Pontstr. 41
 Weitere Infos unter: 02 41 / 50 86 88

Siegen

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Frankfurt/Main

Jeden Mittwoch, Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, 19 Uhr, Themen im Mai: OTV-Tarifrunde, Privatisierung
 Weitere Infos über die SAV-Bundeszentrale

Stuttgart

OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
 OG Süd-West: jeden Dienstag 18.30 Uhr, Jugendhaus Hesch (Böblingen Str. 92)
 OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord, Weitere Infos unter 07 11 / 60 53 03

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kampffonds

Die Kampffonds-Ergebnisse für April (Stand 25. 4. 95) sehen nicht überwältigend aus, (19,5 Prozent des Zieles erreicht) und das obwohl eine ganze Menge politische Probleme anstehen.

Jan, Köln

In Ostdeutschland stehen die verhalten Vergleichsmieten vor der Tür, wozu von den Gruppen vor Ort versucht wird Mieterinitiativen aufzubauen und den Mietenhöhenboykott mitzuvorgansieren. In Rostock bringt die SAV höchstwahrscheinlich eine Mieterzeitung heraus.

In Bremerhaven liegt weiterhin die Hauptarbeit beim Kampf gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft, dem Kampf um Kindergartenplätze und natürlich den Wahlkampf. Im westlichen Teil der Republik läuft vorerst noch die Kampagne gegen Abschlebung. Um in das Geschehen weiterhin aktiv eingreifen zu können,

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

Überweisen an: VORAN, Postgigant Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
 Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

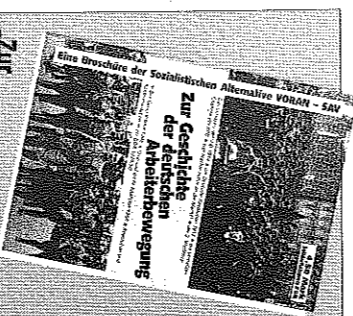
Werde Mitglied der SAV!

- ich möchte weitere Infos: → nen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir setzen uns mit Dir in Verbindung und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Spendenkonto:
VORAN
Kontonummer
2500 59-430
Postbank Essen,
BLZ 360 100 43



„Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“
 Das Versagen der SPD 1914 ★ die Deutsche Revolution 1918 ★ die verfallenen Chancen der KPD ★ wer brachte Hitler an die Macht ★ der 2. Weltkrieg H Der Generalstreik 1948 ★ Krise und große Koalition 1966 ★ Revolution und Kontrorevolution in der DDR 1989/90
 Format A4, 52 Seiten, Preis 4,50 DM + 1,50 Porto, Bestellungen an die Redaktion VORAN.

ABONNIERT VORAN!

Überweisen an: VORAN, Postgigant Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 - keine automatische Abo-Verlängerung
 Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Abgeben an SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

VORAN
 Impressum
 Überregionale marxistische Monatszeitschrift
 Erscheint seit 1973
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratische e.V.
 Verantwortliche Redakteurin: Angelika Bankert
 Erscheinungsweise: Monatlich
 Druck: Blitz Druck Mandelz GmbH, Essen
 Redaktionsanschrift: Volran, Hansaring 4, 50670 Köln
 Telefon 0221 / 134504 oder 134504
 Telefax 0221 / 137280
 Bankverbindung: Postgigant Essen, BLZ 360 100 43
 Konto-Nr.: 250059-430

Privatisierungs - Raub a

Täglich wird es uns eingehämmert: Der öffentliche Dienst ist eine Geldverschwendung und ineffektiv. Privatisierung ist das Allheilmittel. Die öffentlichen Kassen werden entlastet, die Dienste verbessert. Doch das Gegenteil ist der Fall: Privatunternehmen können sich die profitablen Teile schnappen, die Verlustbereiche bleiben beim Steuerzahler. Die Beschäftigten bezahlen diesen Raubzug mit niedrigeren Löhnen und Rationalisierung, die Verbraucher mit steigenden Abgaben und schlechterer Versorgung. Privatisierung ist Diebstahl an öffentlichem Eigentum!

von Ursel Beck und Angela Banker, Köln

Warum wird Privatisiert?

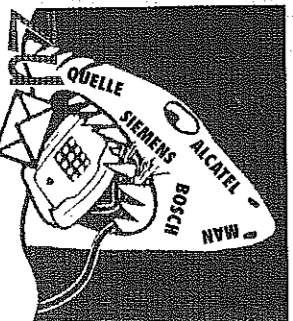
Der Staat hat in der Vergangenheit die Versorgung besonders der Bereiche übernommen, die keinen Profit abwarfen. Zum Beispiel Infrastruktur-Leistungen wie Energieversorgung, Wasser, Straßenbau, Post und Bahn.

Die Autoindustrie interessiert sich nicht für den Straßenbau, dafür hat der Staat zu sorgen. Müßigen Autokonzerne auch das Straßennetz unterhalten, können sie keinen Gewinn machen. Flächendeckende Postzustellung ist ebenfalls ein Verlustgeschäft, deswegen war die Post lange Zeit staatlich.

Nachdem die Infrastruktur mit Steuergeldern aufgebaut wurde, machen jetzt Teile des öffentlichen Sektors Gewinne. Solange die Unternehmer anderweitig genug Profite machen, stört sie das nicht. Sie konnten es sich leisten, dem Druck der Bevölkerung nach flächendeckenden öffentlichen Dienstleistungen nachzugeben. In den 70er und Anfang der 80er Jahren glaubten die Konzernherren, daß staatliches Eingreifen die Wirtschaftskrisen managen könnte. Bei Konjunkturedrücken besorgte der Staat der Privatwirtschaft verstärkt Aufträge. Krisenbrachen wurden an den Subventionen des Staates gehängt.

Als sich im Laufe der 80er Jahre herausstellte, daß dadurch die Krise der Marktwirtschaft nicht gelöst werden konnte und vor allem das Problem Staatsverschuldung hinzukam, machten die Unternehmer und ihre politischen Vertreter eine Kehrtwende. Inzwischen verfolgen alle kapitalistischen Staaten die Politik von Privatisierung. Ab-

PROFITHALE



FISCHMEHL!
 27 Informationen 02 281 13 45 04 Fax 02 281 71 37 80
 Aufkleber Format A6 über die Redaktion erhältlich (1 DM p. Stk zzgl. Porto + Verpackung 1,50 nur gegen Vorkasse)

bau von öffentlichen Dienstleistungen und massiv verschlechterten Bedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mit dem Abbau von öffentlichen Dienstleistungen, soll die Versorgungslage der Bevölkerung insgesamt verschlechtert werden.

Alles was der Staat heute weniger im Interesse der Allgemeinheit ausgibt, kann er den Reichen in den Taschen stiefeln. Weil die Unternehmer nicht mehr durch die Erweiterung der Produktion ihre Profite maximieren können, haben sie sich was neues einfallen lassen: Inventionsstreik, gnadenlose Leihndürckerei, Börsen- und Finanzspekulation, Plünderung der Staatskassen, staatliche Umverteilung und Privatisierung von profitablen staatlichen Dienstleistungen. Auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten für Hunderte von Milliarden Mark übernehmen auf die gewinnbringenden Bereiche des öffentlichen Sektors gestoßen. Man kann die Post ja auch zerschlagen, um die Telekommunikation herauszubrechen und die Gewinne Konzernen wie Siemens und Mannesmann zu überlassen. Für ihren radikalen Entstaatlichungsstreik haben sich die oberen Zehntausend auch eine entsprechende Ideologie zusammengearbeitet. Mit Begriffen wie „Freiheit statt Staatsdringismus“, „schlanker Staat“, „Reform des öffentlichen Dienstes“ soll die Bevölkerung hinter Licht geführt werden.

Wozu Privatisierung führt, sehen wir in Ostdeutschland. Der Raubzug der westdeutschen Konzerne hat eine industrielle Wüste hinterlassen und die Bevölkerung in Massenarbeitslosigkeit und Armut gestürzt. Die Profitgier haben die Bevölkerung auf kaltem Weg ihres gesellschaftlichen Reichtums enteignet.

Der Staat wurde noch weiter aus der Wirtschaft verdrängt als im Westen. Selbst kommunale Energieversorgungsunternehmen und Bushalbins sind zum größten Teil privat. Gleichzeitig sind die Privatisierer im Osten die größten Abzocker staatlicher Subventionen und Investitionszulagen. Dafür knöpft uns das Finanzamt den Solidaritätszuschlag ab. Der Osten ist für die Unternehmer in dieser Hinsicht zum Vorbild für Westdeutschland geworden.



Kern: Demontage der DBP
 Privatisierung nurst nur dem Kapital

Von diesen Positionen ist die DPG abgedrückt: Die Zecher zahlen Beschäftigte und Verbraucher

Schulden abbauen

Angedäch geht es bei der Privatisierung um den Abbau von Staatschulden. Doch warum werden dann nicht die Steuern für die Reichen erhöht? Die ganze Privatisierung ist nichts anders als staatliche Umverteilungspolitik von unten nach oben. Die Behauptung, daß dadurch die öffentlichen Defizite sinken, ist eine Lüge. Das Motto heißt: Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste.

● Die Privatisierung in Ostdeutschland hinterläßt den Steuerzahlern 260 Milliarden Schulden und reißt Reservencher in die Sozialkassen

● Die Post brachte bisher jedes Jahr Milliarden Gewinne in den Bundeshaushalt ein. Wenn die profitablen Postunternehmen privatisiert werden, fließt dieser Gewinn in die Privattaschen der Aktionäre und hinterläßt dem Staat zusätzliche Schulden aus den nicht gewinnbringenden Postbereichen.

● Die Bahn AG soll bis zum Verkauf der Aktien im Jahr 2002 einen Gewinn von 5 Milliarden erwirtschaften. Der Staat zahlt in derselben Zeit 500 Milliarden für die Bahn drauf

● Die Privatisierer gewinnen durch Arbeitsplatzabbau. Die Gesellschaft verliert durch die Zahlung von Arbeitslosengeld, Ausfall an Steuern und Sozialabgaben

● Die Bahn AG soll bis zum Verkauf der Aktien im Jahr 2002 einen Gewinn von 5 Milliarden erwirtschaften. Der Staat zahlt in derselben Zeit 500 Milliarden für die Bahn drauf

Wer investiert mehr

Während die Privatunternehmer immer weniger Gewinne reinvestieren weil ihnen die Profite nicht hoch genug sind, flossen die Gewinne der Bundespost entweder an den Bundeshaushalt oder wurden investiert. Die Aufträge des

● Wenn städtische Wohnungen verscherbelt werden und die Mieten explodieren, explodieren in der Stadtklasse die Ausgaben für Wohngeid und Sozialhilfe. Verkaufserlöse werden über kurz oder lang durch höhere Ausgaben aufgeessen

● Wenn eine private Reinigungsfirma Frauen sozialversicherungsfrei beschäftigt, ist das ihr Profit. Wenn diese Frauen später keinen Anspruch auf Rente haben, muß das Sozialamt bezahlen

● Stell dir vor, der örtliche private Müllabfuhrbetrieb macht pleite. Wer sonst außer der Kommune selbst wird Ersatz organisieren und finanzieren?

● Stell dir vor, ein privates Wasserversorgungsunternehmen läßt die Leitungen vergammeln. Es kommt zu einem Millionenschaden durch Rohrbruch. Wer bezahlt? Die gleichen Stellen, die bisher für Altlasten bei Umwelterseuchungen privater Betriebe aufkommen sind – die Kommunen

Den besten Beweis dafür, daß Privatisierung das Staatsdefizit nicht abbaut, ist Großbritannien. Nach der Privatisierung von 50 Firmen mit 1,7 Millionen Beschäftigten ist das Staatsdefizit heute höher denn je. Hauptgrund: gestiegene Arbeitslosenunterstützung

Aufschwungs in den 80er Jahren kamen zu einem beachtlichen Teil von der Post. Von 1990 bis 1994 investierte allein die Telekom 70 Milliarden Mark. Das sind fast soviel wie 10 Prozent aller Privatinvestitionen. Welcher Konzern wäre

bereitgewesen ohne sofortige Gewinnaussichten in vier Jahren 37 Milliarden Mark in den Ausbau des Telefonnetzes in Ostdeutschland zu investieren? Weil die Investitionsentscheidungen bei Post, Bahn und anderen Staatsbetrieben von abgehobenen Spitzenbeamten und in Zusammenarbeit mit ihren Freunden in den Chefetagen der Konzerne getroffen werden, werden Milliarden von Geldern verschwendet. Wären die Staatsbetriebe unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle von Beschäftigten und Verbrauchern könnten die Staatsbetriebe vollständig im Interesse der Allgemeinheit funktionieren.

Private effizienter

Was ist effizienter daran, wenn Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit geschickt werden und die Steuerzahler dafür Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe aufbringen müssen.

Was hat es mit Effizienzsteigerung zu tun, wenn öffentliche Betriebe aufgeteilt werden, aus einer Verwaltung und einem Wasserkopf viele werden?

Wenn die Zustellautos von Post, UPS, German Parcel und Deutschem Paketdienst alle hintereinanderherfahren, um Pakete zuzustellen, wird allenfalls die Umwelt effizienter zerstört.

Was hat es mit Effizienzsteigerung zu tun, wenn mindestens eine Person in öffentlichen Betrieben künftig Kontrollgänge machen muß um die Putz- oder sonstige Leistung von Privaten zu kontrollieren?

Mißwirtschaft

Besteht die größte Mißwirtschaft nicht darin, daß Privatunternehmer regelmäßig Fabriken schließen, Maschinen und Material vergammeln lassen und Arbeiter entlassen? Ist es vielleicht keine Mißwirtschaft, wenn private Reinigungsfirmen ätzende Reinigungsmittel einsetzen und dadurch Gebäude und Einrichtungen zerstören?

Hierarchie und Willkür in Konzernen kann sehr wohl mit der bei Post, Bahn und Verwaltung mithalten. Bauunternehmer und Konzerne hätten ohne Mithilfe der Staatsbürokratie nicht legal und illegal dem können.

Jüngstes Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten

dem können. Jüngstes Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten

dem können. Jüngstes Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten Junges Beispiel: fünf leichten

Gegenarsumente

Öffentlichem Eigentum

Gewinner

- Die Großbanken und Konzerne wie VW, Daimler, Baukonzerne, Siemens, Thyssen ... die als Aktionäre von Bahn, Post und anderen Staatsbetrieben auf der Matte stehen
- Die Dresdner Bank kassiert allein 400 Millionen Mark für die Ausgabe der Telekom-Aktien Anfang 1996
- Die privaten Reinigungsfirmen, die 3 Mark weniger Tariflohn oder sogar unter Tarif bezahlen und Leute in ungeschützten Arbeitsverhältnissen beschäftigen, keine Betriebsräte und Gewerkschaften in ihren Firmen dulden und ihre Putzkräfte heuern und feuern, wie es ihnen paßt
- Die Privatunternehmer die künftig günstigere Tarife für Postzustellung, Ferngespräche und andere privatisierte Dienstleistungen bekommen
- Die privaten Manager, die viel mehr verdienen als bisherige Spitzenbeamte

Knüppel „Maastricht“

Der Ministerrat der Europäischen Union hat 1993 den sogenannten Maastrichter Vertrag geschlossen. Darin einigten sich die Regierungsverterter, wie das gemeinsame Europa im Interesse der Konzerne auszubauen hat. Die Vorgaben zur Begrenzung des Staatsdefizits liefern den Vorwand zur Privatisierung, selbst wenn dadurch langfristig noch größere Defizite entstehen. Ab 1996 müssen öffentliche Dienstleistungen wie der Nahverkehr am Markt angeboten werden. Wenn es Unternehmer

Verlierer

- Alle ArbeitnehmerInnen, die mit höheren Steuern und höheren Sozialbeiträgen für die Finanzierung der steigenden Arbeitslosigkeit aufkommen müssen
- Die Verbraucher, die immer noch genausoviel Steuern und obendrauf extra für privatisierte Leistungen bezahlen müssen. Nach der Privatisierung müssen sie nicht nur die Kosten sondern auch noch die Gewinne der Privaten bezahlen.
- In Rostock wurde die Wasserversorgung privatisiert. Der Preis für Trinkwasser wurde um 24 Prozent angehoben, die Abwassergebühr um 30 Prozent
- Der Vorstand der Post-AG verlangt vom Bundestag die Aufhebung der Pflicht zur Tarifbindung, damit sie für Briefzustellung auf dem flachen Land künftig mehr verlangen kann
- 5000 Postämter wurden bereits geschlossen. Die Schalter sind unterbesetzt
- Die Telekom hat bereits angekündigt, daß es 1998 eine drastische Gebührenerhöhung bei den Ortsgesprächen geben wird
- Weitere Bahn- und Buslinien werden eingestellt
- Wenn eine Putzfrau in einem privaten Reinigungsbetrieb im Akkord 200 m² in der Stunde putzen soll, wird nicht sauber geputzt. In Krankenhäusern erhöht sich die Infektionsgefahr
- Die Beschäftigten und Azubis im öffentlichen Dienst, die ihre Jobs verlieren bzw. unter schlechteren Bedingungen in privatisierten Betrieben weiterarbeiten. Die drei Postbetriebe wollen bis zum Jahr 2000 100 000 Arbeitsplätze abbauen. Die Bundesbahn will bis 1997 90 000 (fast 1/3) Stellen vernichten. „Von 100 im öffentlichen Dienst vernichteten Arbeitsplätzen werden nur 50 bis 70 im privaten Bereich neugeschaffen oder erhalten. Interessierten Behauptungen zum trotz werden unter dem Strich durch Privatisierung also 30 bis 50 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet. Das gilt in eher noch stärkerem Maße für Ausbildungsplätze.“ (ÖTV-Thesen zur Privatisierung, ÖTV-Handbuch von 1984)

Gewerkschaftliche Gegenwehr nötig

In der Vergangenheit waren die Gewerkschaften zumindest in Worten gegen Privatisierung. Aber wie in fast allen anderen Fragen haben sie auch hier eine Wende vollzogen.

Die Gewerkschaftsführung liefert nicht die Argumente gegen Privatisierung, noch bekämpft sie Privatisierungsmaßnahmen. Belegschaften und Personalräte, die sich wehren, werden im Stich gelassen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Personalräte beteiligen sich aktiv an Maßnahmen zur Senkung der Personalkosten. Funktionäre, die wegen Mitgliederverlusten ihre Karriereaussichten in der Gewerkschaft in Gefahr sehen, haben sogar ein Eigeninteresse an Privatisierung entwickelt. Bringt der Posten eines Arbeitsdirektors oder Managers doch etwchlich mehr ein. Je mehr die Gewerkschaftsführung Teil des Privatisierungsritzes wird, desto

mehr wird sie selbst ein Hindernis im Kampf gegen Privatisierung.

Kämpferische Vertrauensleute und Personalräte müssen eine inhaltliche und personelle Alternative zur jetzigen Führung aufbauen:

- ☆ Schluß mit der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Personalräten mit Arbeitsgebern zum Ziel der Kostensenkung

☆ Konsequenter Kampf gegen Privatisierung bis hin zu politischen Streiks

☆ Kampf für ein einheitliches Dienstrecht und eine Tarifreform im Interesse der Beschäftigten

☆ Gemeinsamer Kampf von ÖTV, GdED und DPG

☆ Europaweiter gemeinsamer Kampf der Gewerkschaften gegen Maastricht und das Europa der Konzerne

☆ Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation und Kampf für gleiche Löhne und Bedingungen in den bereits privatisierten Betrieben

☆ Kein Gewerkschaftsfunktionär darf mehr verdienen als den Durchschnittslohn der Mitglieder der Gewerkschaft

☆ Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre



Stoppt die Diebe

- ★ Stop aller Privatisierungen und aller Maßnahmen in Richtung Privatisierung und Deregulierung
- ★ Schluß mit Arbeitsplatzabbau, Arbeitsstetze und Lohnraub
- ★ Übernahme aller Azubis
- ★ Mindestlohn von 2000 Mark (netto)
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei öffentlichen und privaten Betrieben
- ★ Kein Abbau staatlicher Dienstleistungen. Preis- und Gebührenstop für die Normalverbraucher
- ★ Ran an die Profite zur Finanzierung öffentlicher Dienste

- ★ Verstaatlichung der Banken, Konzerne und Versicherungen unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle
- ★ Demokratisch geplante Wirtschaft nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt
- ★ Für eine echte Reform der Staatsbetriebe im Interesse von Beschäftigten und Verbrauchern
- ★ Abbau von Bürokratie und Einfluß der Privatwirtschaft durch demokratische Verwaltung und Kontrolle von Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und Benutzern von öffentlichen Dienstleistungen
- ★ Wahl aller Vorgesetzten und Recht auf jederzeitige Abwählbarkeit durch die Beschäftigten
- ★ Einheitliches demokratisches Dienstrecht für alle Beschäftigten einschließlich Streikrecht

„In Italien gibt es die Mafia und in Deutschland heißt das Gebäudereinigung.“

Ein italienischer Betriebsrat



Reinigungskräfte bei den Privaten müssen 200 statt 80 m² in der Stunde schaffen

Erfolgreicher Widerstand

Großbritannien

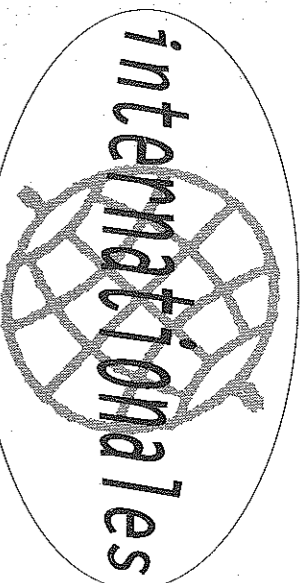
Ein Kampagne der Kommunikationsgewerkschaft brachte im Herbst 1994 die Privatisierung des englischen Postdienstes zu Fall. Die Gewerkschaft mobilisierte die ländliche Bevölkerung gegen die Privatisierung, indem sie erklärte, daß die meisten Postämter geschlossen und Postbuslinien eingestellt würden und dadurch nicht „nur“ 50 000 Jobs verloren gingen sondern auch die Auszahlung der Renten und Sozialhilfe und die kostenlose Zustellung von Medikamenten auf Rezept behindert würde. Zwei Millionen Unterschriften wurden gesammelt. Die Postmappen der Abgeordneten quollen über vor Protestbriefen. Aus Angst bei der nächsten Wahl ihren Parlamentsitz zu verlieren stimmten sogar einige Tory-Abgeordnete gegen das Privatisierungsgesetz. Die Regierung hatte keine Mehrheit für ihre Pläne.

Dänemark

Ende April fanden in Dänemark Massenstreiks gegen Privatisierung statt. Der Hintergrund: In der Stadt Esbjerg wurde vor einigen Monaten das Busunternehmen privatisiert. Die Beschäftigten sollten sich damit abfinden, 6000 DM im Jahr weniger zu verdienen und schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren. Als sie sich weigerten, wurden die 82 Fahrer entlassen. Seit fast vier Monaten kämpfen sie dagegen. Täglich blockieren die Entlassenen das Bus-Depot, um den Busverkehr zu unterbinden. Die Blockade wurde mehrfach von der Polizei mit Hundestaffeln angegriffen. Bisher hat das Busunternehmen nur 15 Leute gefunden, die als Streikbrecher arbeiten, der

Griechenland

In Griechenland mußte die Regierung 1992 nach wochenlangem Streiks bei den Athener Verkehrsbetrieben und Streiks bei der Telefongesellschaft Privatisierungspläne zurückziehen. ■



Iran: 50 Tote bei Demo

Der Widerstand gegen das Regime in Teheran wächst. In Islam Shahr (Islam-Stadt, früher bekannt als Akbarabad) wurde am 4. April eine Massendemonstration von Sicherheitskräften brutal angegriffen. Die „Revolutionswächter“, Sondereinheiten des iranischen Unterdrückungsapparates, griffen die friedlichen Demonstranten mit Bodentruppen und aus der Luft mit Helikoptern an. Dabei wurden mindestens 50 Menschen getötet.

Die Proteste richteten sich gegen den starken Preisanstieg für Grundversorgungsmittel und gegen die schlechte Wasserversorgung in der Stadt, verwandelten sich aber im Laufe der Demonstration und der Kämpfe mit den Sicherheitskräften in einen Protest gegen die Regierung. Rufe wie „Nieder mit der islamischen Republik! Nieder mit Raksandshani!“ waren zu hören.

Wir fordern alle SAV-Ortsgruppen, JRE-Gruppen, Gewerkschafts-, PDS- und SPD-Gliederungen auf, Protestbriefe an die iranische Botschaft zu richten und die Freilassung aller verhafteten Demonstrantinnen zu fordern. Schickt die Proteste per Fax an folgende Nummer: 02 28 / 37 42 82. Bitte Kopien an die Redaktion VORAN.

Ausnahmezustand in Bolivien wegen Streiks

Am 18. April hat die Polizei die Zentrale des Gewerkschaftsverbandes COB in La Paz gestürmt. Inzwischen wurden hunderte Gewerkschaftsaktivisten und Oppositionelle verhaftet. Der Ausnahmezustand soll 90 Tage gelten. Versammlungen und Demonstrationen sind verboten, es besteht ein Ausgangsverbot.

Seit einem Monat finden in vielen Städten Arbeiterproteste und Straßenkämpfe mit der Polizei statt. Auslöser war ein Streik der 70 000 Lehrer, die gegen eine geplante Bildungsreform protestierten. Neben der Ablehnung der geplanten Angriffe kämpften die Lehrer auch für höhere Löhne. Als die Armee verhinderte, daß eine Leiherdemonstration die Stadtgrenze von La Paz überschreitet, rief der COB einen Generalsestreik für den 27. März aus. Seitdem kommt Bolivien nicht mehr zur Ruhe. Allerdings hat der COB ein geheimes Widerstandskomitee aufgebaut, das weitere Streiks und Demonstrationen organisieren soll.

Der Staat glaubt nicht mehr an die Möglichkeit, die Bewegung über Verhandlungen zu besenden und will mit der Unterdrückung der Gewerkschaften brechen. Zum erstenmal seit der Niederlage der Bergarbeiter 1985 ist die bolivianische Arbeiterschaft in den Kampf gegangen.

Protestbriefe und Resolutionen an: Presidencia de la Republica, Palacio de Gobierno, Plaza Murillo, La Paz, Bolivia. Kopie an die Redaktion VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

Ungarn: Alle Räder stehen still

Am 20. April begann ein unbefristeter Streik der ungarischen Eisenbahner. Ihre Forderungen: Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen, die in einem Tarifvertrag festgelegt werden sollen. Die Regierung hält das Gegenteil für nötig: Lohnsenkungen und massive Entlassungen im ganzen öffentlichen Dienst, um das Haushaltsdefizit zu bekämpfen.

Der Kampf der Bahnarbeiter könnte ein Auslöser für verstärkte Proteste gegen den „Stabilitätspakt“ der sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalition sein.

Zu den Kürzungen von Kinder- und Familienbeihilfen, Währungsabschwächungen und Entlassungen kommt eine Inflation von rund 26 Prozent hinzu. Gewerkschaften im Bildungs- und Gesundheitsbereich haben bereits mit der Aufkündigung des sozialen Friedens gedroht. Regierungschef Gyula Horn meint nicht zu seiner Sparpolitik hingegen: „Das ist erst der Anfang“.



Es ist erklärtes Ziel der Regierung, den Inlandsverbrauch zu senken. Die Arbeiterklasse verliert die Geduld, weitere Opfer für die Marktwirtschaft zu bringen

Frankreich

Streikwelle: Die Wut steigt



Seit den wochenlangen Auseinandersetzungen um einen Sanierungsplan für die Fluggesellschaft Air France im Herbst 1993 ist Frankreich kaum zur Ruhe gekommen

In den Artikeln der bürgerlichen Zeitungen über die französischen Präsidentschaftswahlen wurden die Streiks nur in Nebensätzen erwähnt. Vom „Streikvirus“ und einer „Allianz der Unzufriedenheit“ wurde geredet. Aber bei den Streiks bei Eisenbahn und Busfahrern, auf Flughäfen und in der Metallindustrie ging es um viel mehr.

Helgard, IGM-Mitglied, Kassel

Bereits Mitte Oktober letzten

Jahres sorgte ein Streik bei Alsthom-Alcatel für Aufsehen. Der Streik begann in einem Betrieb des zweitgrößten französischen Unternehmens (EGT Boulogne, nahe der deutsch-französischen Grenze) und weitete sich rasch auf ein Dutzend Betriebe des Konzerns aus.

Schlechte Arbeitsbedingungen, Umstrukturierungen und Rationalisierung waren der Auslöser. Mehrere Wochen blockierten die Arbeiter die Eingänge der Betriebe und verhinderten so Ein- und Ausfuhr von

Material.

Die Forderung war eine Lohn-erhöhung von 1500 FF (ca. 500 DM) für alle, Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen in feste und gleiche Löhne für Männer und Frauen. Vor allem die ArbeiterInnen unter 25 Jahren, die zwei Drittel der Belegschaft ausmachen, trugen den Streik.

Ende November wurde der Streik mit einem „Kompromiß“ abgeschlossen, der 65 DM Lohn-erhöhung für Frauen, die Umwandlung von 170 befristeten Arbeitsverträgen in feste und gestaffelte Lohn-erhöhungen von 35-170 DM beinhaltet. Akzeptiert wurde dies jedoch nur von 54,6 Prozent der KollegInnen.

Auch beim Autohersteller Renault, der noch mehrheitlich in staatlicher Hand ist, wird seit Anfang März gestreikt. Dieser Streik wurde nicht durch einen Aufruf der Gewerkschaft begonnen, sondern spontan in der Sattelrei in Flins, als bekannt wurde, daß die Arbeitgeber ein Lohnangebot von nur 1 Prozent machen.

Renault hat in den letzten Jahren 12,5 Milliarden DM Gewinn gemacht, allein 1994 über eine Milliarde DM.

Bei Renault forderten die ArbeiterInnen 500 DM für alle und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Die Kämpfe dauerten mehrere Wochen an. Die Gewerkschaftsleitung, die sich in den letzten Jahren Lohn-erhöhungen von 7,5, 6,5 und nochmal 6,5 Prozent genehmigt hatte, bot erst 2,5 und schließlich 4 Prozent an, forderte dafür aber Samsarbeit und Flexibilisierung.

Ende der Geduld

Ob bei Alcatel, Renault oder im öffentlichen Dienst: Die ArbeiterInnen sind sauer. „Wir lassen uns nicht auspressen wie Zitronen“, sagt ein Kollege. Bei

Präsidentschaftswahl: Die Mitte wird kleiner

Die von viel Medienrummel begleitete erste Runde der Präsidentschaftswahlen haben einige Überraschungen erbracht. Der Kandidat der „Sozialisten“, Jospin, wurde Erster und kommt in die Stichwahl gegen den Gaullisten (Konservative) Chirac, die wahrscheinlich letzterer gewinnen wird.

Doch „Sozialist“ Jospin und die beiden bürgerlichen Chirac und Balladur lagen nah beieinander. Viele WählerInnen schwanken zwischen ihnen. Kein Wunder: Ihre Programme sind sehr ähnlich, abgesehen von verbalen Linksschwüngen Jospins in der Endphase. Das Vertrauen zu den regierenden Parteien – die „Sozialistische Partei“ stelle mit Mitterrand den Präsidenten – ist gestört, viele ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und Kleinbauern glauben deren Versprechungen ohnehin nicht mehr.

Die massive Unruhe in der französischen Gesellschaft, die von viel Medienrummel begleitete erste Runde der Präsidentschaftswahlen haben einige Überraschungen erbracht. Der Kandidat der „Sozialisten“, Jospin, wurde Erster und kommt in die Stichwahl gegen den Gaullisten (Konservative) Chirac, die wahrscheinlich letzterer gewinnen wird. Doch „Sozialist“ Jospin und die beiden bürgerlichen Chirac und Balladur lagen nah beieinander. Viele WählerInnen schwanken zwischen ihnen. Kein Wunder: Ihre Programme sind sehr ähnlich, abgesehen von verbalen Linksschwüngen Jospins in der Endphase. Das Vertrauen zu den regierenden Parteien – die „Sozialistische Partei“ stelle mit Mitterrand den Präsidenten – ist gestört, viele ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche und Kleinbauern glauben deren Versprechungen ohnehin nicht mehr. Die massive Unruhe in der französischen Gesellschaft,

Demos werden Parolen wie „Niedrige Löhne schaffen keine Arbeitsplätze“ gerufen. Während die Gewinne der französischen Unternehmer 1993 400 Milliarden DM betrugen, planen Regierung und Konzerne umfangreiche Einschnitte in der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, Flexibilisierung, Kürzungen im öffentlichen Dienst.

Dabei sind 13 Prozent der Franzosen arbeitslos, bei den Jugendlichen sogar 20 Prozent. 5 Millionen leben unter der Armutsgrenze, 1 Million Menschen wurden letztes Jahr aus ihrer Wohnung vertrieben, weil sie die Miete nicht zahlen konnten.

Regierung auf dem Rückzug

Gerade die letzten einhalb Jahre waren von vielen Kämpfen vor allem der SchülerInnen gegen die finanzielle Bevornzung von Privatschulen und gegen das Jugend-Billiglohn-Gesetz geprägt. In allen Fällen war die Bewegung so stark und kämpferisch, daß die Regierung große Teile ihrer Vorhaben zurücknehmen mußte.

Aber die konservative Regierung will natürlich um fast jeden Preis Vergünstigungen für ihre Freunde in den Konzernnetzen durchsetzen. In diesem Zusammenhang sind die Streiks von Eisenbahnern, Busfahrern, Museumsangestellten, Beschäftigten der Flughäfen und vielen anderen Bereichen zu sehen.

Die Stimmung für einen Generalstreik wäre da gewesen. In der Bevölkerung gab es große Solidarität für die Streikenden und ihre Forderungen. Die Aufgabe der Gewerkschaften wäre es gewesen, die Kämpfe zusammenzuführen, um die volle Durchsetzung der Forderungen zu erreichen.

Kommunalwahlen in Schottland

Tories - Was ist das?

Am 6. April fanden in Schottland, einen Monat früher als im Rest Britanniens, Kommunalwahlen statt. Die Wahlen wurden zu einem Volkstribunal über die Konservativen (Tories). Die Labour Party gewann. Auch die Schwesterorganisation der SAV, Scottish Militant Labour, konnte Erfolge erzielen.

Sascha Stancic, Köln

Noch in den fünfziger Jahren wählten mehr als 50 Prozent in Schottland konservativ. 1995 sind die Tories nur noch die vierstärkste Partei (hinter der Labour Party, den Liberalen und den Schottischen Nationalisten) und haben nur noch 82 von 1179 Stadtratsmandaten.

Die Labour Party (Sozialdemokraten) konnte im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen 1992 zehn Prozent zulegen und erhielt im Durchschnitt 44 Prozent. Dabei profitieren sie hauptsächlich von einer Anti-Tory-Stimmung: Labour profitiert vom Haß auf die Tories in deren 16. Regierungsjahr als einzige realistische Regierungsalternative. Nach Meinungsumfragen würde die Labour Party landesweit einen erdrutschartigen Sieg davortragen. Viele der WählerInnen aus den Mittelschichten werden diesmal - und

haben in Schottland - Labour gewählt. In Arbeitervierteln konnte Labour wieder etwas vom dem Boden gummachen, der in den letzten Jahren verloren wurde.

Das kleinere Übel

Aber gerade in den Arbeitervierteln wird deutlich, daß Labours Basis wegböckelt. Der Erfolg auf der Wahlbene drückt keine aktive Unterstützung oder gar Begeisterung für die Labour Party aus: Die Partei hat sich in den letzten Jahren konstant nach rechts entwickelt und auch unter der Führung des neuen Vorsitzenden Tony Blair ging der Rechtsruck weiter. Dies spiegelt in der Absicht der Labour-Führung den „Artikel 4“ aus dem Parteistatut zu streichen. „Artikel 4“ ist das Bekenntnis der Labour Party zum Gemeinwohl an Produktionsmitteln und wird seit jeher als der sozialistische Artikel im Labour-Statut gesehen.

Die Streichung von Artikel 4 wäre der letzte Nagel am Sarg der Labour-Linken, die in den letzten Jahren völlig zusammengebrochen sind. So ist zwischen Labour und den Tories eigentlich kein großer Unterschied mehr zu sehen. Ein Flugblatt der sich links gebenden Schott-

ischen National Partei sagt dann auch: „Es gibt keinen Unterschied zwischen Toryismus und Tonyismus.“ (in Anspielung auf Tony Blair). Trotzdem schwimmt Labour momentan auf einer Welle von Unterstützung aufgrund der großen Anti-Tory-Stimmung.

Daß diese Unterstützung aber passiv ist und es bei großen Teilen der schottischen Arbeiterklasse die Suche nach einer kämpferischen, sozialistischen Alternative gibt, beweisen die Wahlergebnisse von Scottish Militant Labour (SML), der schottischen Sektion des Komitees für eine ArbeiterInnenationale und damit der schottischen Schwesterorganisation der SAV.

SML, 1992 gegründet, kandidierte in 29 Wahlkreisen und erreichte im Durchschnitt 23 Prozent der Stimmen. Vor allem in den Arbeitervierteln Glasgows, Dundees und Lanarkshires war SML erfolgreich. Im Glasgower Stadtteil Pollok wurde der SML-Kandidat Tommy Sheridan mit 48 Prozent in den Stadtrat gewählt. Hier hatte die Labour Party vorher großspurig angekündigt, Tommy zu schlagen. SML verlor zwar drei Stadtratsmandate, die sie 1992 gewonnen haben, aber das erfolgreiche Ergebnis drückt vor allem die solide Unterstützung aus, die SML

in der schottischen Arbeiterklasse genießt. Grund für die Verluste ist die landesweite Welle in Richtung Labour an der Wahlfront. Die Wahlerfolge von SML 1992 fanden vor dem Hintergrund einer tiefen Krise der Labour Party statt und größere Teile von ArbeiterInnen waren bereit eine neue Kraft zu wählen. Heute scheint Labour im Aufwind zu sein und ein Teil der WählerInnen setzt bescheidene Hoffnungen darin, daß Labour etwas ändern wird.

Gegenwehr von unten

Vor diesem Hintergrund sind die guten Ergebnisse für SML umso bedeutender. Sie beweisen, daß SML keine Protestpartei oder Eintagsfliege war.

Obwohl SML aufgrund begrenzter finanzieller Möglichkeiten nur in einem Viertel der Glasgower Wahlbezirke antrat, erreichte sie 6 Prozent in der gesamten Stadt.

Das Geheimnis des Erfolges von SML ist die tägliche Kleinarbeit, die Mitglieder in den Arbeitervierteln leisten. SML hat zwischen 1989 und 1992 den millionenstarken Boykott der verhaßten Kopfsteuer organisiert und verteidigt auch heute noch diejenigen, die wegen Nichtbezahlung vor Gericht



Tommy Sheridan nach der Entlassung aus dem Gefängnis, in dem er wegen dem Boykott der Poll Tax saß.

müssen. Sie führte den Kampf gegen Wasserprivatisierungen in Schottland. SML ist da, wenn es um Solidarität für streikende ArbeiterInnen geht. Tommy Sheridan ist für seinen Kampf gegen die Kopfsteuer drei Monate ins Gefängnis gegangen.

Die GenossInnen der SML sind keine PolitikaristInnen, sondern Jugendliche, ArbeiterInnen, Arbeitslose, RentnerInnen „von nebenan“. Militant Labour kämpft für die Interessen der eintürlichen Leute und bietet eine politische Lösung an. Die 10 000 Stimmen für SML waren bewußte Stimmen für sozialistische Politik, Stimmen die bewußt nicht an die Labour Party oder die „linken“ schottischen

Nationalisten gegangen sind. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß die Loyalitäten von ArbeiterInnen zu ihren traditionellen Parteien heute deutlich niedriger sind als in der Vergangenheit. Die Erfahrung mit einer Labour-Regierung, die da weitermachen wird, wo die Tories jetzt angelangt sind, wird weitere Zehntausende WählerInnen und AktivistInnen zu Militant Labour führen.

Der Erfolg von SML zeigt, daß mit sozialistischer Politik auch WählerInnen zu mobilisierbaren sind und sollte Motivation für alle SozialistInnen sein, eine kämpferische und sozialistische Kraft in der Arbeiterbewegung aufzubauen.

„Schon vor 33 Zusammenhengewachsen“

Leserbrief zum Kampf gegen die Nazis in den 30er Jahren und Antwort der Redaktion

An die Redaktion VORAN

Liebe Genossen,

Die letzte Nummer der VORAN habe ich erhalten und danke dafür: Sie ist großartig geschrieben und ich bin mit allem einverstanden außer dieser kurzen Stelle zur Frage Einheitsfront zwischen SPD und KPD, 1930-33. Ich bin 1909 geboren und 1930 in die KPD eingetreten. Der Verrat der SPD 1918-20 saß tief bei den ehemaligen Kämpfern von 1918/19 und 1920 (Kapp-putsch).

Kennst Ihr, liebe Genossen, das Buch Sebastian Haftriers, „Der Verrat“? Darin ist ein Satz, der genau stimmt: „Ein Hund ist ein Wolf, den der Mensch für seine Zwecke gezähmt hat. Die SPD ist eine ehemalige Arbeiterpartei, die der Kapitalismus für seine Zwecke gezähmt hat.“

Diesen Gedanken verarbeitet Ihr ja selbst in der VORAN, liebe Genossen. Auch Eure Einschätzung der PDS ist richtig (ich bin Mitglied). Bald hat der

Imperialismus auch diese Partei gezähmt, die indessen heftig zittert, daß nicht ihr „Neues Deutschland“ und sie selbst verbotten, wegrüßelt, zerquetscht werden.

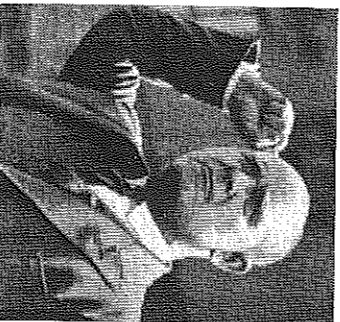
Wenn die Linie Bebel's und Wilhelm Liebknechts unbeirrt fortgesetzt worden wäre, dann wäre die KPD, wären die Bolschewiki überflüssig gewesen. Aber die KPD wurde erst 1918/19 geboren. Ernst Thälmann stand erst seit 1925 an der Spitze und das bei all den Verfolgungen und Verböten der jungen Partei, die noch im Baby-Alter war. Mit Thälmann an der Spitze begann dieser Kampf gegen die Nazis, immer mehr mit den Genossen von der SPD, Reichsbanner, Gewerkschaften, Arbeitersport zusammen.

Ich war Polit-Leiter unserer Parteigruppe und habe deshalb diesen Kampf bewußt und klar mitgemacht bis zu meher Verhaftung 1933. 1932 hatten wir schon unsere breite Einheitsfront, der geistige Leiter der SPD war mein Arbeitskollege und jung, frech und dynamisch.

Schon vor 1933 waren wir zusammenge wachsen, das hatte feststen Bestand bis 1945. Dann gab es Krach, weil die leitenden Genossen in beiden Parteien, Schweriner und Berliner, nicht mit uns einverstanden waren. Habt Ihr denn nicht Thälmanns Reden, besonders die zur Einheitsfront?

Leinn war ja eigentlich der wissenschaftliche Kern dieser Idee. Wir haben damals (vor 33) so manche dieser Thälmann-Broschüren in den Landsonntagen vertriebe, wenn wir durch Dörfer radelten.

Und während der schweren Zuchtjahre und 6 Jahre Bartras (Militär) stand die Arbeiterklasse meines Ortes hinter mir.



Ernst Thälmann 1932

auch - oder besonders - der SPD-„Chef“ Schade, daß alle so wegstarben!

Ich bin der älteste in unserer PDS-Gruppe und kann nicht mehr so, wie ich möchte. Aber Ihr solltet das ganze Thema besonders behandeln, denn da gibt es noch viele Unklarheiten in den Köpfen. Macht ja weiter so wie bis

Herzliche Grüße von Ernst, Mecklenburg-Vorpommern



Entsprechende Broschüre der Linken Opposition

Einheitsfront nicht erreicht

30er Jahren und Antwort der Redaktion

Lieber Genosse Ernst,

vielen Dank für Deinen interessanten Brief. Er bietet eine gute Gelegenheit, wieder einen Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung zu werfen. Zur Frage der Einheitsfront zwischen KPD und SPD Anfang der 30er schilderst Du, wie in Deinem Ort die Spaltung aufgebrochen und konkret zusammengearbeitet wurde. Solche Orte wird es viele gegeben haben. Es gab angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr unter dreizehn Teilen der Arbeiterklasse den Wunsch nach Einheit. Doch gerade das wirft die Frage nach der Politik der KPD-Führung unter Ernst Thälmann auf.

Es reichte eben nicht aus, daß sich die Genossen an der Basis einig waren, daß in kleineren Städten die Einheitsfront funktionierterte. Die Aktionsseinheit hätte bewußt aufgebaut werden müssen, in Berlin, in Hamburg, im ganzen Land. Januar 1933 nutzte die Kampfvereitschaft vor Ort wenig. Zentrales, koordiniertes Handeln der Parteien traten wäre erforderlich gewesen. Generalstreik und Aufrüst gegen die faschistische Macht-ergreifung sind keine Basisstrategie, sondern erfordern eine klare Führung.

Wir meinen, daß die Thälmann-Führung einen Wahnsinnskurs gefahren hat, der Eure Bemühungen zum Aufbau der Einheitsfront hat unwirksam werden lassen. Thälmann und andere KPD-Führer haben die Gefahr des Faschismus vollkommen unterschätzt, haben die Partei nicht auf die Machtergreifung und damit auf den Bürgerkrieg vorbereitet.

In der von der Linken Opposition der KPD verbreiteten Broschüre „Der einzige Weg“ warnete der russische Marxist Leo Trotzki 1932 vor dem Thälmann-Kurs. Er deckte auf, daß in der Führung der KPD heillose Verwirrung über die Lage

herrscht. Einerseits warnte Thälmann im Sommer 32 vor der „unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur“, andererseits bezeichnete er auch die damals bestehende Regierung als „faschistisch“. Die Sozialdemokraten seten, weil sie eine Stütze des Kapitalismus seien, der „linke Flügel des Faschismus“. Thälmann hatte nicht verstanden, daß Hitler an der Macht die Zerrüttierung aller Arbeitersorganisationen, auch der SPD, bedeutete. Trotzki: „Die kommunistische Einheitsfrontpolitik muß ausgehen von der Sorge der Sozialdemokraten um die eigene Haut. Das ist die ehrlichste und in ihren Folgen zugleich revolutionärste Politik.“

Alle anderen Strömungen „faschistisch“ zu nennen, bedeutete die wirkliche Gefahr des Faschismus zu unterschätzen und

Thälmann hatte nicht verstanden, daß Hitler an der Macht die Zerrüttierung aller Arbeiterorganisationen, auch der SPD, bedeutete.

die KPD-Aktivisten zu verwirren. Sozialdemokratie heißt in der Krise Angriffe auf die Arbeiter. Aber Faschismus heißt offener Bürgerkrieg gegen die Arbeiter.

Du erwählst zurecht, daß die Einheitsfront-Idee von Lenin entwickelt und angewandt wurde. Aber genau das hatte 1932/33 bedeutet, der SPD auf allen Ebenen ein gemeinsames Kampfprogramm anzubieten, ohne von den sozialdemokratischen Arbeitern als Vorbedingung zu verlangen, mit ihrer Partei zu brechen.

Stattdessen bot Thälmann lediglich eine Karikatur der Einheitsfront. Als der Druck zur Einheit größer wurde, verwendet die KPD-Führung den Begriff - aber wie! In einer Broschüre Thälmanns mit Antwort-

Weg der Klassenkampf war, hatte der SPD-Basis in der gemeinsamen praktischen Aktion gezeigt werden müssen.

Auf örtlicher Ebene ist das oftmals geschehen, aber die KPD-Führung hat diese Ansätze nicht zusammengefaßt, sie teilweise sogar unterbunden.

Natürlich trägt die SPD durch den Verrat von 1914, die Niederschlagung der Revolution 18/19 und die Fesselung der Arbeiter an den Kapitalismus die Hauptschuld für die Niederlagen deutschen Arbeiterbewegungen. Natürlich konnten KPPler dies nicht einfach vergessen. Doch das kann die katastrophalen Fehler von Thälmann und Co. nicht entschuldigen.

Claus Ludwig, Köln, für die Redaktion

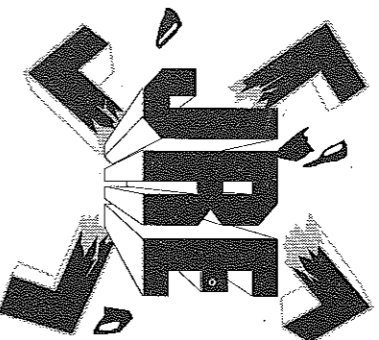
Broschüre der KPD über den Kampf gegen die Nazis

Berliner Kampagne gegen Nazis

Die Kampagne sollte darauf aufmerksam machen, daß es jetzt wieder verstärkt faschistische Überfälle gibt und erklären, woher Rassismus kommt.

In Berlin sind die miesen Zukunftsaussichten von Jugendlichen, die dauernden Kürzungen und die Arbeitslosigkeit ganz klar der Nährboden für die Faschisten.

Obwohl die Politiker uns weismachen wollen, mit Verboten etwas gegen die Faschisten zu tun, zeigt die Wirklichkeit, auf welcher Seite staatliche Stellen tatsächlich stehen.



Prenzlauer Berg: Aktion gegen Nazi-Plattenladen

Am Prenzlauer Berg kamen 400 Leute zur JRE-Demonstration vor dem Plattenladen „Ha-ra-ki-ri“. Während seiner Rede wurde Olli von JRE Pankow von einem Faschisten angegriffen. Nach der Demo sprachen wir mit Olli.

VORAN: Was ist passiert?

Ich hatte angefangen, eine Rede über die Rechten im Kiez zu halten. Die Bullen haben den Laden und die 15 Faschisten davor beschützt. Von der anderen Seite kamen unbenutzt drei Faschisten. Einer von ihnen kam sehr schnell auf mich zu und schlug mir ins Gesicht. Ich hielt ihn fest bis Ordner kamen und ihn zu Boden drängten. Dann stürzte die Polizei dazu und nahm ihn vorläufig fest. Später konnte ich Anzeige gegen ihn erstaten. Warum habt ihr die Demo gemacht? Sie richtete sich gegen den Fascho-Plattenladen „Ha-ra-ki-ri“.

der Nazi-Musik, rechte T-Shirts und unter dem Ladentisch Nazi-Zeitungen verkauft sowie gegen den (Ex-)FAP-Chef von Berlin, Lars Burmeister, der in der gleichen Straße wohnt und den wir outen wollen. Als wir bei Anwohnern Hausbesuche machten, haben wir fast immer eine positive Resonanz bekommen, was

Treptow: Hohle Sprüche

Zu einer Demonstration gegen Rassismus und Sozialabbau in Schönevide mobilisierte sogar der „Kameradschaftsbund Treptow“ (Ex-FAP), allerdings gegen die Demo. In einem Flugblatt schreiben sie: „Stoppt den roten Terror – keine neuen Chancen den marxistischen Irlehren“. Wer steckt dahinter (der Demo)? Die sogenannte JRE besteht vor allem aus

uns in unserem Tun bestätigte. Wie geht es weiter mit der Kampagne? Nächste Woche werden wir „Ha-ra-ki-ri“ blockieren. Das ist der Nachfolgeladen von „No remorse“, den JRE aus Pankow vertreiben hat. Wir wollen das selbe hier erreichen.

kriminellen gewalttätigen Jugendlichen, die ihre Straftaten durch eine verquastelinksextreme Ideologie legitimieren.“ Kurz vor der Demo, zu der 400 TeilnehmerInnen kamen, sammelten sich 15 Faschisten in ihrer Nähe, wurden jedoch schnell von unserem Ordnendienst vertrieben. Perle, Berlin-Pankow

Marzahn: Der Kampf um die Straße

10. April 95: Eine Gruppe jugendlicher Neonazis überfällt das Schulfest des Ersten Gymnasiums Marzahn. Das Fest muß abgebrochen werden. Kurz danach überfallen Nazis den Jugendclub Renner

20. April: SAV-Mitglied Jörg wird von einer Gruppe Neonazis überfallen und zusammengeschlagen
21. April, 18 Uhr: 1200 Demonstrationen folgen dem Aufruf von JRE, SAV und PDS zu einer antifaschistischen Demonstrationen
21. April, 21 Uhr: Drei Faschisten versuchen nach Ende der Demonstration einen JRE-Ordner anzugreifen. Dieser setzt sich erfolgreich zur Wehr
21. April, 21.45 Uhr: Der 14jährige Alexander P. und drei seiner Freunde, die alle an

der Demo teilgenommen hatten, werden von Nazis überfallen. Alexander erleidete ein Schädelhirntrauma und schwerste 17 Stunden in Lebergsgefahr

Cindy, Berlin-Marzahn

Überfälle von Banden faschistischer Jugendlicher sind in Marzahn an der Tagesordnung. Vietnameshmen und Antifaschisten sind ihre Opfer. Viele der Jugendclubs werden von Faschisten kontrolliert, linke Jugendliche können sich nicht hin-eintrauen, von ihnen gehen Überfälle aus. Alexander P. wäre beinahe ein weiteres Todesopfer des Terrors geworden. Er hatte Glück im Unglück.

Alexanders Mutter ist Abgeordnete der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus, er wurde gezielt aus der Vierergruppe herausgegriffen und zusammengeschlagen. Einige Nazis wohnen in seiner unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Polizei versucht den Fall herunterzuspielen, hat zuerst nur eine Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung entgegengenommen. Sie stellt es als

Zwischenfall zwischen zwei Jugendgruppen dar. Alexanders Vater hat jetzt Anzeige wegen Mordversuchs gestellt.

Die Nazi-Überfälle waren Anlaß für die Demonstration am 21. April in Marzahn. 1200 Jugendliche und ältere Antifaschisten haben gezeigt, daß die Nazis nicht die Mehrheit in Marzahn darstellen. Dies stellte auch Gregor Gysi in seiner Rede auf der Abschlusskundgebung fest. Leiter machte er keine Vorschläge, was in seinem Wahlkreis Marzahn weiter gegen die Nazis zu tun sei.

Viele Jugendliche waren enttäuscht, daß die PDS nur wenige Mitglieder und Wähler zur Demonstration mobilisierte, sie brachte zum Beispiel keine eigenen Plakate heraus, so daß der Großteil der Mobilisierung JRE überlassen wurde. Negativ fiel auch die dauernden Dankesungen von PDS-Redner an die Polizei auf. Diese erwiderte den Dank auf ihre Weise und provokierte die Demonstration häufig, schlug mehrere JRE-Ordner nieder – darunter ein 14jähriges Mädchen – und nahm Demonstranten fest.

Die Faschisten, die in den Tagen vor der Demo und auf dem nationalen Info-Telefon angekündigt hatten, die Demonstration zu verhindern, trauten sich nicht in ihre Nähe. Nur einmal wurde eine Gruppe von ca. 15 Nazis gesichtet, die sich aber schnell davonnahmen als die ersten Demo-Teilnehmer in ihre Richtung marschierten und aus dem autonomen Block einige Steine flogen. Ansonsten trauten sie sich nur, die Demo von Bal-konen aus zu fotografieren.

Für JRE und SAV war die Demo nur der erste Schritt auf dem Weg, die Nazi-Vorherrschaft auf der Straße zu brechen. Die 35 Jugendlichen auf dem ersten JRE-Treffen nach der Demo waren sich einig: Jetzt muß es richtig losgehen!

Noch in derselben Woche wurde von JRE eine Protestaktion an der Stelle organisiert, an der Alexander P. überfallen wurde. Neben wöchentlichen öffentlichen Aktionen ist eine Versammlung geplant, die Jugendliche und AnwohnerInnen zusammenbringen soll und Selbstschutz gegen Nazi-Angriffe zum Thema machen wird.



Bei der Demonstration in Marzahn am 21. April gab es mehrfach Polizeiübergriffe

Verbindungen zwischen Konservativen und Nazis

Rassistisch, respektabel, wohlherzogen

Der 8. Mai, Tag der bedingungslosen Kapitulation Hitler-Deutschlands, ist für das rechte Spektrum seit Jahren ein Anlaß, ihre Geschichtsfälschungen zu verbreiten. Bei den diesjährigen 50jährigen Jubiläum gehen sie jedoch einen Schritt weiter.

Torsten, IGW-Mitglied, Siegen

Rechtskonservative haben zusammen mit Faschisten einen Aufruf in der *Franfurter Allgemeine* – FAZ veröffentlicht, in der der 8. Mai zur Niederlage uminterpretiert wird. Angeführt vom ewigen Rechtsaußen und Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Bundesfraktion Dregger über Bundesminister Spranger (CSU) und den Cheflektor des reaktionären Ullstein-Verlages Zielmann (FDP) und Ex-Generalmajoramt von Stahl (FDP) wird der Brückenschlag mit Funktionären von REP und NPD gewagt. Zielmann leugnet zwar, davon

gewußt zu haben, daß Faschisten den Aufruf unterstützen. Klar ist aber, daß es schon länger verstärkte Bestrebungen der nationalistischen Kräfte in allen bürgerlichen Parteien gibt, mit Faschisten gemeinsame Sache zu machen, mit der Perspektive, mittelfristig eine rechte und aggressiv nationalistische Sammelbewegung oder Partei aufzubauen.

Daß diese Bestrebungen stärker werden ist kein Zufall. Den Faschisten ist es im vergangenen Jahr nicht gelungen, in die Parlamente zu kommen. Dies scheiterte zum Teil an einer antifaschistischen Gegenstimme. Andererseits hatte auch die Regierung Interesse daran, die Faschisten kleinzuhalten. Rassistische Politik kann sie selber machen, die Nazis werden zur Zeit nicht gebraucht, um das Asylrecht stummreif zu schießen. Wahlerfolge der Rechten wären eine Gefahr für die CDU/FDP-Mehrheit im Bundestag gewesen.

Die Wahnlidelagen und der Rückgang der Nazi-Strabaktivitäten haben zu einer Differenzierung im rechten Lager geführt. Bei Teilen haben sich die Tendenzen zum Terror verstärkt. Die anderen, zum Beispiel die REPs, gebärden sich rechtskonservativ und knüpfen Kontakte zur „respektablen Rechten“ in CDU und FDP.

Verlässliche Stütze

Die „klassischen“ Faschisten sind zwar teilweise nützlich für die Unternehmer und die Regierung gewesen, doch sie sind keine verlässliche Stütze. Ihre Basis besteht zum Teil aus verzweifelten, heruntergekommenen und brutalisierten Leuten, die unak-kulierbar sind. Die Pogrome von Rostock waren der Regierung willkommen aber die Mord von Solingen gingen zu weit. Die „überzogenen“ Gewalttaten der Nazis haben zu einer massiven antifaschistischen Gegenbewegung, vor allem unter Jugendli-

chen, geführt. Andererseits brauchen die Konzerne eine politische Kraft, die das Land nach rechts rückt. Die Verteilungsspielräume werden enger, die Angriffe auf soziale Errungenschaften härter. Um die Gegenwehr zu schwächen, werden Unternehmer und Politiker immer wieder zu Spaltung greifen – Ost gegen West, Deutsche gegen Ausländer, Männer gegen Frauen – und weiterhin demokratische Rechte abbauen. Dafür brauchen sie eine verlässliche rechte Partei.

Diese würde rassistische Propaganda betreiben ohne sich offen an gewalttätigen Übergriffen zu beteiligen. Anders als FAP oder DVU würde sie sich nicht in erster Linie mit sozialer Demagogie an Arbeitslose und „Verlierer“ richten, sondern versuchen, mit offener Pro-Unternehmer und Anti-Gewerkschaftspolitik eine Basis im Kleinbürger-tum und bei Angehörigen des Staatsapparates aufzubauen. Die Möglichkeiten solch einer

Gruppierung zeigt Italien. Die neofaschistische „Soziale Bewegung Italiens“ (MSI) trennte sich vom Image der Nazi-Schläger, änderte den Namen in Nationale Allianz (AN) und konnte einersits dem Unmut vieler Leute ausdrücken und andererseits die Regierung Berlusconi von rechts stützen. Aus deren Niedergang ist die AN gestärkt und als Saubermann hervorgegangen.

Berliner FDP

Ähnliche Entwicklungen sind in Deutschland möglich. Der Zwergenanstand des rechten Flügel der Berliner FDP und die oben beschriebenen Verbindungen zeigen dies. Ob dies eine ganz neue Partei sein wird oder ob bestehende bürgerliche Parteien sich in diese Richtung entwickeln, hängt auch vom Schwicksal der „Liberalen“ ab. Mit der Hessen-Wahl hat sich die FDP zwar vorerst gerettet, aber weitere Niederlagen in

Nordheim-Westfalen und im Herbst in Berlin würden den Druck auf die Partei verstärken und größere Teile der Mitglieder ihr Heil in einem Rechtsruck suchen lassen. Wie eine normale liberal-bürgerliche Partei in eine rassistische Gruppierung umgewandelt werden kann, zeigt der Werdegang von Haiders FPÖ in Österreich.

Die Existenz einer „respektablen“ rechten Partei und das staatliche Vorgehen gegen Neonazis würden jedoch nicht bedeuten, daß die klassischen Faschisten überhaupt keine Rolle mehr spielen. Deren Organisationen werden eben nicht zerschlagen, sondern nur eingeschränkt. Finanziert werden sie vor allem von mittelständischen Unternehmen. Auch der Staat wird Nazis wieder gewähren lassen, und sei es nur, damit eine weitere staatliche Aufwärtstrend und die Einschränkung demokratischer Rechte begründet werden können. ■



Die Müllabfuhr steht auch auf der Wunschliste profitierender Unternehmer

Druck der Basis auf ÖTV-Führung nötig

Ein Mitglied der SAV brach- te bei der Personalratsitzung am 12. 4. 95 eine Resolution ein und erklärte, wie ernst die Arbeitgeber Lohnkürzungen nehmen, warum die ÖTV-Führung nicht ohne Druck der Basis die notwendige Mobilisierung organisieren wird, um die Forderungen zu erreichen.

Die 10 Sitzungsteilnehmer stimmten der Resolution zu und

Plattform für den Aufbau eines Netzwerks kritischer GewerkschafterInnen in der ÖTV

Die SAV wird während der Tarifrunde zusammen mit ÖTV-KollegInnen weiteres Material herausgeben, Initiativen und Forderungen in die Gewerkschaft tragen. Desweiteren haben wir den Aufbau eines Netzwerkes kritischer ÖTV-Mitglieder bekommen. Wir rufen alle interessierten KollegInnen auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen und mit uns zusammenzuarbeiten.

Die Unternehmer und ihre Regierungen sind zum Generalstreik an 2. Mai und betriebliche Streikversammlungen, um die ÖTV-Verhandlungen zu unterstützen. **★** Wenn die Lohnforderung bei der Verhandlungsrunde am 2. Mai nicht erfüllt wird, dann eine sofortige Einleitung der Urabstimmung sowie Einberufung einer Vertrauensleutekonferenz, um das weitere Vorgehen zu beraten und zu beschließen.

Aufgabe der ÖTV wäre es, diesem Angriff entschlossen entgegenzutreten. Den Argumenten der Privatisierungssprecher müßten die früheren Positionen der ÖTV gegen Privatisierung entgegengestellt werden. Angriffe müßten durch die gewerkschaftliche Kampfkraft zurückgeschlagen werden. Personalräte

erklären, daß sie bereits die gleiche Lohnforderung in der Vertrauensleute-Versammlung der ÖTV Aachen eingebracht hätten. Mit ihren Unterschriften bekräftigten alle anwesenden Personalräte, daß sie persönlich hinter den Forderungen und Vorschlägen zur Führung des Kampfes in der Resolution stehen und begrüßen die Initiative der SAV als bundesweite Organisation diese Resolution zu ver-

breiten. Der Personalratsvorsitzende Manfred Engelhardt bedauerte, daß nicht alle Personalräte ihrem Beispiel folgen und mal SAV-Redner auf ihre Sitzungen einladen würden. „Ein kämpferischer Personalrat kann im Betrieb KollegInnen motivieren, aber nicht allein die Republik auf den Kopf stellen“, so Kollege Engelhardt.

arbeit von Gewerkschaft und Personalräten mit Arbeitgebern zum Ziel von Privatisierung, Produktivitätssteigerung und Personalkostensenkung **★** Konsequenter Kampf gegen Privatisierung, gegen den Abbau von Arbeits- und Ausbildungsplätzen **★** Kampf um die volle Durchsetzung von beschlossenen Tarif- und sonstigen Forderungen. **★** Demokratisierung der innergewerkschaftlichen Strukturen **★** Schluß mit Ämterhäufung, keine allmächtigen Multifunktionäre **★** Wählbarkeit und Abwählbarkeit aller Funktionäre **★** Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf das Durchschnittseinkommen der in der Gewerkschaft organisierten Mitglieder plus angemessene Spesen- bzw. Auslagenersatzung

Sie sprachen darüber, fristlose Entlassungen zu vermeiden und stattdessen früher zu verrenten. Aber das bedeutet den Ausverkauf zukünftiger Generationen. Das kann nach einem leichten Weg aussehen, Kummer zu ersparen, aber was ist mit dem Kummer, zusehen zu müssen, wie unsere Kinder auf der Straße rumhängen, weil es keine angemessene Arbeit für sie gibt? Davon abgesehen werden sie, wenn sie einmal die Frühverrentung durchgezogen haben, mit den Entlassungen beginnen, „leben- de Leichen loswerden“, wie ein Arbeitgeber es nannte. Was nicht an meisten beunruhigt, ist die Reaktion Eurer Gewerkschaftsführer, wie ich gelesen habe. Laut Daimler-Chef Reuter hat „der Durchbruch mit den Gewerkschaftsführern stattgefunden.“ Und es klingt, als könnte er recht haben, wenn der Artikel Karl Feuerstein, den „Voritzender“ der Arbeitnehmervertreter im Daimler-Aufsichtsrat zitiert. Er sagt: „Wir wissen, daß wir die höchsten Löhne haben und in bezug auf die Arbeitszeit privilegiert sind. Es ist uns auch klar, daß wir diesen Lebensstandard nur halten können, wenn wir produktiver werden. Es ist kein Widerspruch, wenn wir als Arbeitskraft sagen, wir müssen Kosten sparen.“ KollegInnen und Kollegen – genau das sagte unsere Führung vor 10 oder 15 Jahren. Das hat zu dem langen Abrutschen geführt, in dem wir uns noch immer befinden! Es ist ein Rezept für die Katastrophe. Was heißt es „produktiver zu sein“ und „Kosten zu sparen“? Es kann nur heißen, schwerer zu arbeiten – für weniger Geld. Sie versuchen es zu leugnen. Klei-

Brief eines US-Arbeiters an deutsche Gewerkschafter

„Liebe Genossen,

Ich bin seit 25 Jahren Mitglied der Gewerkschaft der Zimmerleute in den USA. Vor kurzem habe ich über den Streik der IG Metall gelesen. Ich weiß nicht, wie sich die meisten deutschen Arbeiter mit dem Ergebnis fühlen, aber verglichen mit dem, was wir hier rausgeholt haben, kommt es mir wie ein Sieg vor, deshalb möchte ich Euch dafür gratulieren. Aber gleichzeitig möchte ich euch aufgrund unserer Erfahrung warnen.

Viele Gewerkschafter hier dachten, daß die Krise in den anderen Ländern uns nicht betreffen könne, daß sie nicht besorgt sein bräuchten. Dann begannen Firmen dichtzumachen, sie zogen nicht bloß in Billiglohngelände in den USA, sondern ganz außer Landes. Gleich hinter der Grenze (Mexiko) konnten sie ein Werk eröffnen und den Arbeitern 5 Dollar pro Tag zahlen! Die Betriebe, die nicht umzogen, benutzten das als Knüttel: „Wenn wir keine Lohnkürzungen akzeptiert, werden wir dichtmachen“, sagten sie. Nach einer Weile übernahmen die Gewerkschaftsführer, die den Kapitalisten vollkommen das Recht zubilligten, mit ihrem Besitz zu machen, was sie wollten, die Propaganda der Kapitalisten.

„Wir müssen konkurrenzfähig sein“, sagten die Unternehmer. „Wir müssen unseren Arbeitern helfen zu konkurrieren“, sagten die Gewerkschaftsführer. Arbeiter verschiedener Werke desselben Autoherstellers konkurrieren bald darum, wer dem Management die beste Abmachung anbot, „Jobs zu retten“. Und was passierte? Das Management benutzte all das, um Löhne zu kürzen, noch mehr Jobs zu vernichten und die Gewerkschaften zu zerstören.

Sie sprachen darüber, fristlose Entlassungen zu vermeiden und stattdessen früher zu verrenten. Aber das bedeutet den Ausverkauf zukünftiger Generationen. Das kann nach einem leichten Weg aussehen, Kummer zu ersparen, aber was ist mit dem Kummer, zusehen zu müssen, wie unsere Kinder auf der Straße rumhängen, weil es keine angemessene Arbeit für sie gibt? Davon abgesehen werden sie, wenn sie einmal die Frühverrentung durchgezogen haben, mit den Entlassungen beginnen, „lebende Leichen loswerden“, wie ein Arbeitgeber es nannte.

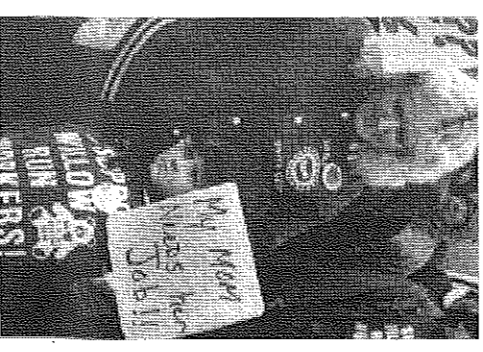
Was nicht an meisten beunruhigt, ist die Reaktion Eurer Gewerkschaftsführer, wie ich gelesen habe. Laut Daimler-Chef Reuter hat „der Durchbruch mit den Gewerkschaftsführern stattgefunden.“ Und es klingt, als könnte er recht haben, wenn der Artikel Karl Feuerstein, den „Voritzender“ der Arbeitnehmervertreter im Daimler-Aufsichtsrat zitiert. Er sagt: „Wir wissen, daß wir die höchsten Löhne haben und in bezug auf die Arbeitszeit privilegiert sind. Es ist uns auch klar, daß wir diesen Lebensstandard nur halten können, wenn wir produktiver werden. Es ist kein Widerspruch, wenn wir als Arbeitskraft sagen, wir müssen Kosten sparen.“ KollegInnen und Kollegen – genau das sagte unsere Führung vor 10 oder 15 Jahren. Das hat zu dem langen Abrutschen geführt, in dem wir uns noch immer befinden! Es ist ein Rezept für die Katastrophe. Was heißt es „produktiver zu sein“ und „Kosten zu sparen“? Es kann nur heißen, schwerer zu arbeiten – für weniger Geld. Sie versuchen es zu leugnen. Klei-

den es in alle möglichen gefälligen Worte, aber letztlich heißt es das gleiche.

Das heißt, daß weniger Arbeiter mehr produzieren, daß die gleiche Anzahl von Gütern in weniger Arbeitsstunden produziert wird – um die Profite der Bosse in die Höhe zu treiben. Was wir hier herausgefunden haben, KollegInnen und Kollegen ist, daß der Kampf international sein muß. Auf dem letzten „Tag der Arbeit“ hat Jack Henning, der Kopf der California State Labor Federation, die 2 Millionen Arbeiter in Kalifornien repräsentiert, über die Notwendigkeit „globaler gewerkschaftlicher Organisation“ gesprochen und er sprach sich für eine weltweite Gewerkschaftskonferenz aus.

Als notwendigen ersten Schritt sollten wir wenigstens regionale Arbeiterkonferenzen haben – z. B. hier eine für die NAFTA (Kanada, USA und Mexiko), bei Euch für die zumindest für die Europäische Union.

Es müßte ein Mindestlohn für einen angemessenen Lebensstandard festgelegt werden zusammen mit einer maximalen



US-Arbeiter: sinkender Lohn seit 20 Jahren

Arbeitswoche. Man könnte sich auf gemeinsame Aktionen einigen. Wenn ein Konzern in einem Land bestreikt wird, wird er in allen Ländern bestreikt. Es könnte ebenfalls eine Vereinbarung getroffen werden, um zu beenden, was Jack Henning „labor cannibalism“ nennt – Lohnkürzungen zuzustimmen, um Jobs von anderen Ländern wegzuzugewinnen. Das wäre ein entscheidender Schritt vorwärts. Zuguterletzt glaube ich, daß es im Kapitalismus immer Länder und Regionen geben wird, wo die Arbeiterklasse weniger gut organisiert ist und wo die Löhne niedriger sind und das wird zunehmend benutzt, um Löhne zu kürzen und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Deshalb müssen wir die Großkonzerne in Gemeineigentum überführen und einer demokratisch geplanten Produktion unterstellen. Ich denke, daß das unser endgültiges Ziel sein muß, doch weltweite Gewerkschaftsorganisation wäre ein großer Schritt vorwärts. Wir brauchen Internationalismus, um dieser zerstörerischen Idee Einhalt zu gebieten, daß wir als Arbeiter jeder gegen jeden darum konkurrieren müssen, wer am billigsten arbeitet. Wir wissen, wer die einzigen Gewinner dieses Wettbewerbs sein werden – die Bosse.

Mit kollegialen Grüßen aus der US Arbeiterbewegung

John Reimann, Mitglied der Carpenters Local 713, Alameda County, Kalifornien, Delegierter zum Alameda County Central Labor Council

Entlassungen in der Krise, Schutzten im Aufschwung

Stahlindustrie

In den Medien ist oft von Produktivitätsfortschritten die Rede. Was verbirgt sich jedoch dahinter? Beispiel Stahlindustrie. Letztes Jahr ist die Arbeitszeit auf 35 Stunden verkürzt worden. Diese positive Sache bleibt jedoch wirkungslos, da es keinen Personalausgleich gegeben hat. Stattdessen wurden in den letzten Jahren 13 Prozent der Arbeiter entlassen.

Torsten, IGM-Mitglied, Siegen

Die Folgen sind katastrophal. Arbeiten, die früher von zwei

oder drei Kollegen durchgeführt wurden, müssen jetzt wegen abgebautem Personalbestand von einem Arbeiter gemacht werden. Noch Anfang der 80er begleiteten bei Thyssen in Duisburg zwei bis drei Mann einen Zug, heute ist der Lokrangierführer für alles verantwortlich. Er steuert den Zug und ist gleichzeitig Stellwerker, Datenrassler und Verladler.

So verwundert es nicht, daß die Arbeitsunfälle im letzten Jahr um satte 21 Prozent zugenommen haben! Bei Thyssen in Oberhausen und im Dortmunder Hoesch-Stahlwerk kam es im

Herbst 94 zu gewaltigen Explosionen der Hochofen. 39 Arbeiter wurden teilweise schwer verletzt, einige werden ihr Leben lang behindert bleiben. Fachleute bestätigen, daß die Unfälle auf die Ausdünnung der Belegschaft und den Mangel an erfahrenen, älteren Kollegen zurückzuführen sei.

Die zuständige Betriebsgenossenschaft meint, daß die geringe Belastung der Stahlwerker durch 80 Prozent der 5656 gemeldeten Unfälle Ursache sei.

Für die KollegInnen ist dieser Zustand unhaltbar. Längst überrückfällig ist, daß die seit letztem

Jahr gültige 35-Stunden-Woche einen Sinn bekommt und zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Es darf nicht angehen, daß die gleichgebliebene oder gar vermehrte Arbeit von noch weniger Arbeitern in noch kürzerer Zeit geschafft werden muß.

Das ist auch ein Hauptkritikpunkt der Kollegen an der Gewerkschaft. Von der IG Metall muß in der kommenden Tarifrunde auch ein konsequenter Kampf um vollen Personalausgleich geführt werden.

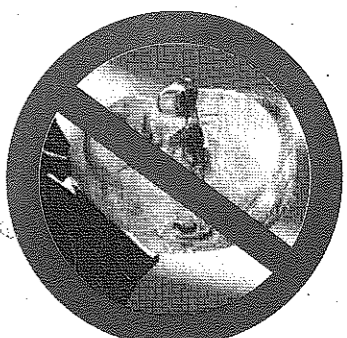
VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 170 Mai 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

**Die Zeitung
gegen Kohl
und Kapital**



VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G10321 E

Mieten explodieren WIR ANCH!



Rostocker Demonstration gegen Mieterhöhungen, April 95

„Seit 1989 sind wir hier im Osten doch regelrecht verarscht worden.“ Mit diesen Sätzen traf der SAV-Redner die Stimmung der Demonstranten, die dem Aufruf von PDS und SAV gefolgt waren.

Niels, Mieterinitiative Rostock

Trotz schwacher Mobilisierung durch die PDS waren 200 gekommen, um gegen die Einführung des Vergleichsmietensystems und die damit verbundene Explosion der Mieten zu demonstrieren.

Das Transparent mit den SAV-Forderungen Parole „Gründet

Mieterinitiativen! Organisiert Mieterhöhungsboykott!“ führte die Demonstration an. „Wenn es uns nur gelingt, die vielen einzelnen Aktionen in der Stadt zu vernetzen, ist viel erreicht. Wenn nur 10 000 gegen Mieterhöhungen in den Boykott gehen, oder meinetwegen ossiwet 100 000, dann ist das Gesetz gekippt.“

Damit zeigten wir, anders als die PDS, bei der Kundgebung eine Perspektive für den weiteren Kampf auf – und brachten den PDS-Redner dazu, auch etwas radikaler aufzutreten.

Bereits bei den Straßenaktionen in der Rostocker Innenstadt und in den Neubau-Vierteln ha-

ben viele Passanten unsere Unterschriften unterschrieben und Geld für unsere Kampagne gespendet. Die Stimmung für Gegenwehr ist da: „Wir müssen doch ein für alle mal klar machen daß man mit uns nicht machen kann, was man will“, so wird eine Rentnerin in der Lokalisation zitiert.

Bei der Gründungsver-sammlung der Rostocker Mieterinitiative wurde klar, daß die Forderung von PDS, SPD und Gewerkschaften nach „verträglichen“ Mieterhöhungen nicht ankommt. Unsere Argumente für einen Mieterhöhungsboykott kamen gut an, aber es gibt Angst vor der Umsetzung. Jetzt muß

die Organisierung der Mieter weitergetrieben werden. Die PDS muß dazu gebracht werden, die Organisierung der Mieter und die Vorbereitung eines Boykotts der Mieterhöhungen selbst in die Hand zu nehmen!

Höhere Mieten drohen

In ganz Ostdeutschland soll im Herbst das Vergleichsmietensystem eingeführt werden. Anders als im Westen, wo es Sozialwohnungen gibt, betrifft dies den gesamten Wohnungsbestand.

Dies bedeutet eine 15prozentige Mieterhöhung dieses Jahr, gefolgt von 5 Prozent 1996. Für eine durchschnittliche Neubauwohnung mit 68 m² in Berlin-Märzahn würde die Miete um 250 DM steigen.

Für viele im Osten ist das

unbezahlbar, denn die Löhne halten nicht Schritt mit der Steigerung der Mieten. Für viele, vor allem junge Leute, heißt die Alternative „nicht wohnen“. Schon heute gibt es in Berlin 15 000 offiziell nicht registrierte Obdachlose.

Die PDS, die bisher hauptsächlich die Proteste gegen das Vergleichsmietensystem organisiert hat, fordert die Begrenzung der jährlichen Steigerung der Nettokalmieten auf 3,3 Prozent und Modernisierungszulagen auf 1,50/m².

Programm gegen Mietwucher

- ★ Nein zum Vergleichsmietensystem in Ostdeutschland
- ★ Sofortiger Mietpreisstopp. Gesetzliche Begrenzung der Miete auf 15 Prozent (Ost) und 20 Prozent (West) des Einkommens
- ★ Massive öffentliche Wohnungsbauprogramme – 1 Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot der Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Enteignung von leerstehenden Wohnraum und Büroflächen, Vermittlung an Wohnungssuchende
- ★ Nein zur Privatisierung öffentlicher Wohnungsgesellschaften in Ost und West
- ★ Organisierung eines Mieterhöhungsboykotts in Ostdeutschland durch Mieterbund, Mieterinitiativen, PDS und Gewerkschaften
- ★ Aufbau und Vernetzung von Mieterinitiativen

